



# Einladung

Stadt Erlangen

## Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

6. Sitzung • Mittwoch, 29.06.2011 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

### Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

### Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

Inhaltsverzeichnis  
siehe letzte Seite(n)

- |      |   |                                |
|------|---|--------------------------------|
| 7.   | Mitteilungen zur Kenntnis   |                                |
| 7.1. | Bürgerversammlungen   | 13-3/007/2011<br>Kenntnisnahme |
| 7.2. | Erstellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Erlangen; Übergabe der Prüfungsunterlagen an örtliche und überörtliche Rechnungsprüfung zum 31.07.2011  | 20/023/2011<br>Kenntnisnahme   |
| 7.3. | Teilnahme am bundesweiten Vergleichsring "Ausländerwesen" der KGSt  | 332/005/2011<br>Kenntnisnahme  |
| 8.   | Bericht über den Jahresabschluss 2010 der GEWOBAU Erlangen  | I/003/2011<br>Gutachten        |
| 9.   | Besetzung des Aufsichtsrates der Erlanger Stadtwerke AG   | III/023/2011<br>Gutachten      |
| 10.  | Änderung der Öffnungszeiten im Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen  | 112/038/2011<br>Beschluss      |
| 11.  | Zwischenbericht zur Umsetzung des Vorschlages Nr. 19 der Fa. Rödl & Partner ("Ausbau der Unterstützung für obdachlose Menschen") zugleich: Zielsetzung für den künftigen Umgang mit Wohnungsnotfällen | 503/003/2011<br>Beschluss      |
| 12.  | Bestellung der Amtsleitung des Rechnungsprüfungsamtes zum/zur Anti-Korruptionsbeauftragten  | 11/054/2011<br>Gutachten       |
| 13.  | Personalbericht 2010  | 11/037/2011<br>Beschluss       |
| 14.  | Dienstleistungszentrum "Veranstaltungen in der Stadt" (Antrag der CSU-Fraktion vom 28.07.08, Nr. 184/2008)  | 112/039/2011<br>Beschluss      |

- |       |  |                            |
|-------|--|----------------------------|
| 15.   | Verwendung des Budgetergebnisses des Bürgermeister- und Presseamtes;<br>Anträge Nr. 072/2011 und 033/2011 der SPD-Fraktion | 13-2/124/2011<br>Beschluss |
| 16.   | Budgetergebnisse 2010;<br>Ergebnisüberträge und Verlustvorträge 2010   | II/106/2011<br>Gutachten   |
| 17.   | Mittelbereitstellungen   |                            |
| 17.1. | Sanierung Hermann Hedenus Mittelschule - Investitionspakt 2009   | 242/132/2011<br>Beschluss  |
| 17.2. | Mittelbereitstellung für die Fassadensanierung Redoutensaal und Markgrafentheater  | 242/138/2011<br>Beschluss  |
| 17.3. | Umbau Stadtarchiv Erlangen, Mittelbereitstellung für die Freiflächengestaltung   | 242/140/2011<br>Beschluss  |
| 17.4. | Mittelbereitstellung für IvP.-Nr. 541.144 "Adenauerring Süd und Nord mit Ringschluss"                                      | 66/114/2011<br>Beschluss   |
| 18.   | Anfragen   |                            |

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 21. Juni 2011

**STADT ERLANGEN**  
In Vertretung  
gez. Gerd Lohwasser  
Bürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

**Die Sitzungsunterlagen können auch unter [www.ratsinfo.erlangen.de](http://www.ratsinfo.erlangen.de) abgerufen werden.**

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
OBM/13-3(OEB)

Verantwortliche/r:  
Frau Eva Katharina Ott (nur Amtsinfo)

Vorlagennummer:  
13-3/007/2011

### Bürgerversammlungen

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	29.06.2011	Ö	Kenntnisnahme	

### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

Datum	Ort	Anträge/Anliegen
27.04.2010	Altstadt Zentrum	4/25
22.09.2010	Dechsendorf	0/27
20.10.2010	Alterlangen	0/42
23.11.2010	Gesamtstadt	2/27

Das Bürgermeister- und Presseamt hat alle Anliegen, soweit nicht schon direkt in den Bürgerversammlungen beantwortet, abschließend bearbeitet. Die Anliegen wurden entweder direkt durch die Fachbereiche oder durch das Bürgermeister- und Presseamt erledigt.

Eine Einsichtnahme zu einzelnen Anliegen ist in Amt 13-3, Frau Ott (Tel. 2336) grundsätzlich möglich.

#### Anlagen:

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
II/20

Verantwortliche/r:  
Herr Knitl

Vorlagennummer:  
20/023/2011

### Erstellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Erlangen; Übergabe der Prüfungsunterlagen an örtliche und überörtliche Rechnungsprüfung zum 31.07.2011

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	29.06.2011	Ö	Kenntnisnahme	
Stadtrat	30.06.2011	Ö	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

Das Zahlenwerk der Eröffnungsbilanz – Stichtag 31.12.2008 -, erstellt nach den Vorgaben der KommHV-Doppik durch die Projektgruppe NKFE und in Weiterführung durch das SG 201-3 der Kämmerei, liegt nun vollständig vor. Derzeit sind noch redaktionelle Abschlussarbeiten durchzuführen bei Dokumentationen und den Anhängen zur Eröffnungsbilanz.

Vorprüfungen zur Eröffnungsbilanz haben in diesem Jahr bereits begonnen. So hat das Rechnungsprüfungsamt in Abstimmung mit dem Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband – BKPV – als überörtlichem Prüfungsorgan das städtische Stiftungswesen geprüft und der BKPV hat spezielle Teile des Anlagevermögens einer Vorprüfung unterzogen. Um die Voraussetzungen für die Hauptprüfung zu schaffen, werden die Arbeiten an der Eröffnungsbilanz zum 31.07.2011 abgeschlossen und die Eröffnungsbilanz nebst Dokumentation und Anlagen dem Rechnungsprüfungsamt übergeben.

In mühevoller Arbeit hat die Teilprojektgruppe Vermögenserfassung/Bilanz//SG 201-3 des Projekts NKFE unter der Leitung von Frau Kraus und der Betreuung wichtiger Bilanzpositionen durch Frau Löcher in Abstimmung mit unserem Berater, der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, die Eröffnungsbilanz als fundamentalem Bestandteil der Doppik erstellt. Insbesondere das Fehlen landesrechtlicher Vorschriften zur Doppik zu Beginn des Projekts stellte ein besonderes Erschwernis dar. Es galt innovativ zu arbeiten und Problemlösungen zu finden, die sich an Vorschriften anderer Bundesländer orientierten. Sobald Vorschriften des Freistaats vorlagen oder sogar Änderungen hierzu bekannt gemacht wurden, galt es jedoch oftmals bislang Erstelltes zu überarbeiten. Der frühe Beginn der Doppikeinführung bei der Stadt Erlangen hat sich leider dahingehend ausgewirkt, dass durch notwendige Überarbeitungen die Erstellung der Eröffnungsbilanz verzögert wurde. Ein vollständiges Regelwerk zur Doppik liegt bis heute nicht vor.

In der Teilprojektgruppe Vermögenserfassung/Bilanz waren nicht nur äußerst engagierte Mitarbeiterinnen aus der Kämmerei tätig, sondern in den betroffenen Fachämtern wurde bezüglich Erfassung und Bewertung des Anlagevermögens und sonstiger Bilanzpositionen, wie z. B. der Bildung von Rückstellungen, ebenfalls äußerst engagierte Arbeit geleistet. Als Hauptbetroffene für das unbewegliche Anlagevermögen seien die Ämter 23/Liegenschaftsamt, 24/Amt für Gebäudemanagement und 66/Tiefbauamt und der EB/77/Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung genannt und hinsichtlich des beweglichen Anlagevermögens insbesondere die Ämter 40/Schulverwaltungsamt, 41/Kultur- und Freizeitamt und 45/Stadtarchiv und Stadtmuseum.

An dieser Stelle sei deshalb den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz besonders gedankt, die alle ihren Beitrag geleistet haben, die Eröffnungsbilanz der Stadt Erlangen entstehen zu lassen!

In der Anlage sind wesentliche Eckpunkte zur (vorläufigen, da noch nicht geprüften) Eröffnungsbilanz dargestellt.

### **Anlagen: Erläuterung Eröffnungsbilanz Stadt Erlangen**

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

# **Erläuterung Eröffnungsbilanz**

**Stadt Erlangen**

**Stand: 15.06.2011**

**(erstellt von KPMG)**

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1</b>	<b>KURZFASSUNG DER VORLÄUFIGEN ERÖFFNUNGSBILANZ DER STADT ERLANGEN .....</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>GRUNDSÄTZLICHE BEWERTUNG DER ERÖFFNUNGSBILANZ .....</b>	<b>3</b>
<b>3</b>	<b>NÄHERE ERLÄUTERUNGEN ZUR ERÖFFNUNGSBILANZ .....</b>	<b>4</b>
3.1	Die Aktivseite .....	4
3.2	Die Passivseite .....	6
<b>4</b>	<b>BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE FÜR DIE ERÖFFNUNGSBILANZ .....</b>	<b>7</b>
<b>5</b>	<b>ERLÄUTERUNG DER ANGEWANDTEN BEWERTUNGSVERFAHREN.....</b>	<b>8</b>

## 1 KURZFASSUNG DER VORLÄUFIGEN ERÖFFNUNGSBILANZ DER STADT ERLANGEN

AKTIVA		PASSIVA	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>735.729.899</b>	<b>Eigenkapital</b>	<b>350.437.973</b>
Immaterielle Vermögensgegenstände	10.232.267	Nettoposition	350.437.973
Bebaute Grundstücke	287.338.896		
Unbebaute Grundstücke	113.300.410		
Infrastrukturvermögen	167.078.222	<b>Sonderposten</b>	<b>69.419.289</b>
Bauten auf fremden Grund und Boden	399.863		
Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	4.857.667	<b>Erhaltene Anzahlungen</b>	<b>21.304.510</b>
Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	2.492.206		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.551.890	<b>Rückstellungen</b>	<b>209.073.575</b>
Anzahlungen, Anlagen im Bau	62.581.456	Pensionsrückstellungen	190.896.635
Finanzanlagen	77.897.022	Sonstige Rückstellungen	18.176.940
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>39.087.754</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>122.640.690</b>
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.714.396	Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten	117.416.557
Liquide Mittel	30.373.358	Sonstige Verbindlichkeiten	5.224.133
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>3.585.183</b>	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>5.526.799</b>
<b>Treuhandvermögen</b>	<b>3.036.485</b>	<b>Treuhandkapital</b>	<b>3.036.485</b>
<b>Summe AKTIVA</b>	<b>781.439.322</b>	<b>Summe PASSIVA</b>	<b>781.439.322</b>

## 2 GRUNDSÄTZLICHE BEWERTUNG DER ERÖFFNUNGSBILANZ

Die Stadt Erlangen verfügt über Vermögenswerte – sog. Aktiva – von ca. 780 Millionen Euro. Dem gegenüber stehen Schulden von mehr als 350 Millionen Euro. Damit beträgt der Überschuss des Vermögens über die Schulden ca. 430 Millionen Euro. Das rein rechnerische Eigenkapital hat dabei einen Wert von mehr als 350 Millionen Euro, das ist mit einer Quote von rd. 45 Prozent (Vergleichswerte: Landeshauptstadt München rd. 40 Prozent, Stadt Nürnberg rd. 25 Prozent, Stadt Schwabach rd. 42 Prozent, Stadt Rosenheim rd. 46 Prozent) fast die Hälfte der Bilanzsumme. Im Vergleich zu anderen Großstädten in Bayern verzeichnet die Stadt Erlangen bei der Eigenkapitalquote einen recht guten Wert.

Wenn man die (eigenkapitalähnlichen) Sonderposten, die sich aus Zuwendungen für Investitionen von Bund und Freistaat zusammensetzen, die bereits verbaut wurden, hinzuzählt, dann hat die Stadt Erlangen eine „betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote“ von rd. 54 Prozent. Diesbezüglich verzeichnen andere Großstädte in Bayern folgende Quoten: Landeshauptstadt München rd. 58 Prozent, Stadt Nürnberg rd. 44 Prozent, Stadt Schwabach rd. 58 Prozent und Stadt Rosenheim rd. 60 Prozent.

Diese Größe darf aber nicht fehlinterpretiert oder missverstanden werden: Das **Eigenkapital ist eine rein rechnerische Größe**. Es handelt sich bei diesem weder um liquide Mittel noch um finanzielle Reserven. Die Größe des Eigenkapitals ergibt sich lediglich daraus, dass man das bewertete Vermögen der Stadt Erlangen ihren Schulden – ihren direkten Verbindlichkei-

ten und ihren künftig noch zu tragenden Lasten aus der Vergangenheit, den Rückstellungen – gegenüberstellt.

Das Vermögen der Stadt Erlangen ist zu seinem überwiegenden Teil für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt und für die Erbringung von Dienstleistungen für die Einwohner und die Unternehmen gebunden. Würde man Teile davon veräußern und die erlösten Mittel in die Schuldentilgung investieren, verringerte sich die Aktivseite – also das Vermögen – und gleichzeitig die Passivseite durch die Schuldentilgung im selben Ausmaß. Das ist das Neue und das Gute an der Bilanz. Sie zeigt nun Vermögen und Schulden gleichermaßen und gibt daher weit mehr Auskunft und Informationen über die wirtschaftliche Lage der Stadt Erlangen als die Pro-Kopf-Verschuldung oder die Verschuldung der Kernverwaltung.

Würde man beispielsweise ein Grundstück mit einem Bilanzwert von 1 Million Euro für 1,2 Millionen Euro verkaufen, dann verringerte sich in der Bilanz des Jahresabschlusses die Aktivseite um den Grundstückswert von 1 Million Euro und erhöhte sich bei der Position Liquide Mittel um 1,2 Million Euro. Der Überschuss bzw. buchhalterische Gewinn in Höhe von 200.000 Euro würde das Eigenkapital erhöhen und damit auch die Passivseite. Das Vermögen hat um 200.000 Euro zugenommen und das Eigenkapital auch. Würde man allerdings dasselbe Grundstück für nur 800.000 Euro verkaufen, dann verringerte sich die Aktivseite um den Grundstückswert von 1 Million Euro und erhöhte sich wieder in der Position liquide Mittel um 800.000 Euro. Der Verlust zwischen dem Grundstückswert und dem Verkaufserlös in Höhe von 200.000 Euro würde das Eigenkapital mindern und die Passivseite verkürzen. Das Vermögen hat im Verlustfall um 200.000 Euro abgenommen.

Deshalb ist die Bilanz eine weit bessere Entscheidungsgrundlage für Debatten und Beschlüsse des Stadtrates, wenn es etwa um die Verlagerung von Aufgaben mit Vermögensübertragung in städtische Eigenbetriebe oder Gesellschaften oder Vermögensveräußerungen geht. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen können nun direkt in der Bilanz abgelesen werden.

Gleichzeitig zeigt die Bilanz den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen, was mit ihren Steuergeldern finanziert wird, welche Aufwendungen durch Vermögensverschleiß und –abnutzung (sog. Abschreibungen) entstehen und welche Steuermittel für die Erhaltung des Vermögens notwendig werden.

Die Bürgerinnen und Bürger sehen aber auch, wenn in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mit weniger Erträgen das Eigenkapital schmilzt, d.h. die Schulden im Verhältnis zum Vermögen steigen.

### **3 NÄHERE ERLÄUTERUNGEN ZUR ERÖFFNUNGSBILANZ**

#### **3.1 Die Aktivseite**

Nun zunächst zu den wesentlichen Positionen der Aktivseite der Bilanz: Auf der Aktivseite wird das gesamte Vermögen der Stadt Erlangen mit dem Stand vom 01.01.2009 erfasst. Dieses unterteilt sich in Anlage- und Umlaufvermögen. Das Anlagevermögen ist dadurch gekennzeichnet, dass es der Stadt langfristig zur Verfügung steht und keine Verkaufsabsicht besteht. Zum Anlagevermögen zählen die folgenden Positionen:

Die immateriellen Vermögensgegenstände verkörpern körperlich nicht fassbare Werte, die sich aus Softwarelizenzen und geleisteten Zuwendungen an Dritte, die Aufgaben für die Stadt wahrnehmen, zusammensetzen. Insgesamt haben die immateriellen Vermögensgegenstände einen Wert von ca. 10 Millionen Euro, wobei mit ca. 8,6 Millionen Euro die durch die Stadt Erlangen geleisteten Zuwendungen den größten Teil umfassen.

Die bebauten Grundstücke sind die wertmäßig größte Position des Anlagevermögens. Ihr Wert beläuft sich auf 287 Millionen Euro und setzt sich aus dem Wert der Grundstücke und dem Wert der Gebäude zusammen. Dabei sind die Gebäude der Stadt – neben dem Rat-

haus, Schulen, Turn- und Sporthallen, Kindertagesstätten – mit ca. 124 Millionen Euro bilanziert.

Die Stadt Erlangen verfügt darüber hinaus über unbebaute Grundstücke mit einem Wert von ca. 113 Millionen Euro, deren Werthaltigkeit im Wesentlichen durch die Grundstückswerte in Höhe von ca. 106 Millionen Euro geprägt ist. Als unbebaute Grundstücke gelten Grünflächen der Stadt, Wald und Forsten sowie Ackerland. Der Aufwuchs an Grünflächen (z.B. Parkanlagen, Sportflächen), Wald und Forsten wird separat bewertet und mit ca. 7 Millionen Euro ausgewiesen.

Das Infrastrukturvermögen umfasst die gesamte verkehrsnotwendige Infrastruktur und die dafür benötigten Grundstücke. Die Grundstücke haben dabei einen Wert von ca. 102 Millionen Euro und die baulichen Anlagen der Straßen einen Wert von ca. 31 Millionen Euro. Hinzu kommen Ingenieurbauwerke – also Brücken, Tunnel und ähnliches – mit einem Bilanzwert von ca. 20 Millionen Euro sowie die Verkehrslenkungsanlagen, die vor allem die Ampelanlagen umfassen, und die Straßenbeleuchtung, die zusammen auch mit ca. 11 Millionen Euro in die Bilanz einfließen.

Die Stadt Erlangen verfügt über Bauten auf fremden Grund und Boden mit einem Bilanzwert von ca. 400 Tausend Euro.

Erlangens Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler sind mit einem Wert von ca. 5 Millionen Euro in die Bilanz eingeflossen.

Das mobile Inventar für die Aufgabenerfüllung in der Stadt Erlangen wird vor allem in den Bilanzposten der Maschinen, technischen Anlagen und Fahrzeuge sowie in der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfasst. Dabei ist die Betriebs- und Geschäftsausstattung, die neben der Büroausstattung der Verwaltung und ihrer EDV-Technik auch die Ausstattung der Schulen und Kindertagesstätten beinhaltet, mit ca. 10 Millionen die größte Position des mobilen Verwaltungsinventars.

Separat in der Bilanz aufgeführt, weil noch nicht fertiggestellt und in Betrieb genommen, werden die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau der Stadtverwaltung. Die Stadt führt zum Stichtag der Bilanz Investitionen in Höhe von ca. 60 Millionen Euro durch, die in den kommenden Jahren abgeschlossen werden.

Zum Anlagevermögen der Stadt zählen neben dem immateriellen Vermögen und dem materiellen Vermögen auch die sog. Finanzanlagen. Diese setzen sich aus den im überwiegenden Eigentum der Stadt befindlichen Anteilen und Beteiligungen an städtischen und sonstigen Gesellschaften, den Kapitaleinlagen in die Eigenbetriebe der Stadt sowie den an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und andere gewährten Ausleihungen zusammen. Insgesamt verfügt die Stadt Erlangen über Finanzanlagen im Wert von 78 Millionen Euro, wobei die Erlanger Stadtwerke mit 55,6 Millionen Euro die größte und wichtigste Finanzanlage ist.

Im Umlaufvermögen werden die Vorräte, die unfertigen und fertige Erzeugnisse, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie die flüssigen Mittel der Stadt bilanziert.

Über bilanzpflichtige Vorräte, zum Verkauf stehende unfertige und fertige Erzeugnisse verfügt die Stadt Erlangen zum Bilanzstichtag nicht.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände bestehen in Höhe von mehr als 8 Millionen Euro, wobei unter diesen die Forderungen aus öffentlich-rechtlichen Schuldverhältnissen, wie z.B. von Unternehmen und Bürgern nicht bezahlte Steuerschulden und Gebühren, und aus Transferleistungen mit ca. 6,2 Millionen Euro den größten Anteil haben.

Zum Bilanzstichtag verfügt die Stadt Erlangen über flüssige Mittel in Höhe von rd. 30 Millionen Euro. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Sichtguthaben auf den Bankkonten der Stadt. Auch hier gilt, dass es nicht notwendigerweise finanzielle Reserven oder Ersparnisse sind, sondern wegen des Stichtagsprinzips der Bilanz eine Momentaufnahme des Kontostands, der sich durch Zu – und Abflüsse von Geld ständig ändert.

Die jeweils letzte Position der Bilanzseiten sind die Rechnungsabgrenzungsposten: sie verzeichnen zum Stichtag auf der Aktivseite die Ausgaben, die vor ihrer wirtschaftlichen Verursachung und damit vor ihrer Aufwandswirksamkeit geleistet wurden und umgekehrt auf der Passivseite Einnahmen, die wegen ihrer wirtschaftlichen Zugehörigkeit zu kommenden Haushaltsjahren noch nicht ertragswirksam sind.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten ist mit ca. 3,5 Millionen Euro bewertet. Diese Summe ergibt sich im Wesentlichen aus der Beamtenbesoldung und Sozialhilfezahlungen für den Monat Januar 2009, die bereits zum Ende des Monats Dezember des alten Haushaltsjahres ausgezahlt wurden, wirtschaftlich aber dem neuen Haushaltsjahr zuzurechnen sind.

Unter dem Treuhandvermögen sind die Vermögenswerte der unselbständigen Stiftungen in Höhe von 3 Millionen Euro als letzte Bilanzposition der Aktivseite gesondert ausgewiesen.

### **3.2 Die Passivseite**

Die Passivseite – auch die Kapitalseite der Bilanz genannt – ist in mehrere Posten untergliedert.

Zunächst sind die sog. Sonderposten nach dem Eigenkapital auszuweisen. Sonderposten stellen einen Korrekturposten zu den Vermögenswerten der Aktivseite der Bilanz dar. In dieser Position werden die Geldbeträge aufgenommen, die von Dritten – in der Regel von der Bundesrepublik und dem Freistaat Bayern – als Zuwendungen für Investitionen in das städtische Vermögen gewährt wurden. Daneben wurden auch die gezahlten Beiträge der Bürger dort aufgenommen, die diese aufgrund der Beitragspflichtigkeit von besonderen Ausbau- und Erschließungsmaßnahmen zu leisten hatten. Dem Sonderposten liegt der Gedanke zugrunde, dass in der Bilanz nur die von der Stadt Erlangen selbst finanzierten Vermögenswerte dargestellt werden sollen. Die durch Dritte gewährten Zuwendungen und Beiträge zur Finanzierung des Vermögens, die nicht Verbindlichkeiten aus Krediten sind, sollen als solche transparent ausgewiesen werden. Dieses Prinzip wird auch als Bruttoprinzip bezeichnet. Sonderposten bestehen zum Stichtag in Höhe von ca. 70 Millionen Euro. Darüberhinaus hat die Stadt Erlangen bereits weitere 21 Millionen Euro an Zuwendungen erhalten, für die noch Investitionen durchgeführt und abgeschlossen werden müssen. Sie werden als erhaltene Anzahlungen in die Bilanz aufgenommen. In der Bilanzkunde werden Sonderposten auch als langfristiges Eigenkapital betrachtet, weil die Zahlung der Zuwendungen und Beiträge an die Stadt sich über die Zeit der Nutzung der damit finanzierten Vermögensgegenstände als ertragswirksam und ergebnisverbessernd auswirkt.

Rückstellungen sind eine besondere Art der Schulden, die wirtschaftlich in der Vergangenheit verursacht wurden, für die die genaue Fälligkeit und die Höhe noch nicht feststehen, deren Verpflichtung zur Tilgung und damit künftige Zahlungen für die Stadt aber gegeben sind. Die größte Position der Rückstellungen wird für die bereits pensionierten Beamten sowie die noch im Dienstverhältnis stehenden Beamten für deren künftige Pensionszahlungen ausgewiesen. Sie beträgt mehr als 190 Millionen Euro. Weitere Rückstellungen werden für noch nicht eingegangene Rechnungen, für unterlassene Instandhaltungen sowie für noch in Anspruch zu nehmende Altersteilzeitleistungen, bereits geleistete Überstunden der städtischen Bediensteten und von diesen nicht beanspruchten Urlaub gebildet. Insgesamt beträgt diese Art der Schuldenposition ca. 210 Millionen Euro.

Die Verbindlichkeiten stellen die in Höhe und Fälligkeit sicheren Schulden dar. Den größten Anteil mit 95 Prozent bzw. mehr als 117 Millionen Euro haben daran die Kreditaufnahmen für Investitionen durch die Stadt Erlangen.

Vor ihrer wirtschaftlichen Verursachung hat die Stadt Erlangen Einnahmen von ca. 5,5 Millionen Euro erhalten, die als passiver Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen werden. Die Abgrenzung der im Voraus gezahlten Grabgebühren entspricht einem Anteil von rd. 76% der passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Das Treuhandkapital der unselbständigen Stiftungen wird als letzte Bilanzposition der Passivseite in Höhe von 3 Millionen Euro ausgewiesen. Es entspricht im Betrag dem Treuhandvermögen auf der Aktivseite.

#### **4 BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE FÜR DIE ERÖFFNUNGSBILANZ**

Die Bewertungsgrundsätze befassen sich mit der Frage, wie die Zahlen der Vermögens- und Schuldenpositionen errechnet werden. Die gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Vorschriften für Städte, Gemeinden und Landkreise im Freistaat Bayern sehen grundsätzliche das eherne, aus dem deutschen Handelsrecht übernommene Prinzip der Anschaffungs- und Herstellungskosten für das Vermögen vor.

Anschaffungskosten sind die Aufwendungen, die geleistet werden, um einen Vermögensgegenstand zu erwerben und ihn in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen, soweit sie dem Vermögensgegenstand zugeordnet werden können. Zu diesen zählen auch die Nebenkosten, wie beispielsweise Kosten des Vertragsabschlusses, Grundbucheintragungen etc. sowie die nachträglichen Anschaffungskosten, ggf. gewährte Skonti, Rabatte und andere Preisnachlässe werden abgezogen. Herstellungskosten sind die Aufwendungen, die durch den Verbrauch von Gütern und die Inanspruchnahme von Diensten für die Herstellung eines Vermögensgegenstands, seine Erweiterung oder für eine über seinen ursprünglichen Zustand hinausgehende wesentliche Verbesserung entstehen. Grundsätzlich gehören dazu die Materialkosten, die Fertigungskosten und herstellungsspezifische Sonderkosten. Aber auch durch die Herstellung eines Gegenstandes verursachte allgemeine Kosten, wie z.B. bei Baumaßnahmen die Kosten der Bauplanung, Bauleitung und Bauüberwachung werden bei der Ermittlung der Herstellungskosten berücksichtigt.

Für einen großen Teil des Erlanger Vermögens konnten die Anschaffungs- und Herstellungskosten aufgrund der schon langen Zugehörigkeit zum Eigentum der Stadt allerdings nicht mehr ermittelt werden, weil dazu keine Unterlagen und Aufzeichnungen mehr vorlagen. In diesen Fällen wurden Erfahrungswerte genutzt. Erfahrungswerte ergeben sich vorschriftsgemäß aus aktuellen Anschaffungs- und Herstellungskosten, die mit Hilfe von Preisindizes auf die zum Anschaffungs- bzw. Herstellungszeitpunkt herrschenden Preisverhältnisse zurückgerechnet werden.

Da Vermögensgegenstände, bis auf Grundstücke, Kunst- und Kulturgegenstände, durch Nutzung, Witterung und Verschleiß einer Abnutzung unterliegen, müssen sie in jedem Fall für die bereits verstrichene Zeit ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Darüberhinaus müssen im Einzelfall gesonderte Abschreibungen vorgenommen werden, wenn ein Vermögensgegenstand durch besondere Schäden oder unterlassene Instandhaltung einen niedrigeren Wert aufweist. Der resultierende Wert aus diesen Berechnungen, der sogenannte Restbuchwert zum Eröffnungsbilanzstichtag, liegt den Bilanzzahlen zugrunde.

Als Anschaffungskosten von Finanzanlagen wird die Höhe der Kapitaleinlage der Stadt Erlangen herangezogen.

Als Anschaffungs- und Herstellungskosten von Forderungen gilt der sog. Nominalwert. Forderungen werden auch abgeschrieben (Fachbegriff: wertberichtigt), insoweit dies die Beurteilung der Einbringlichkeit der Forderungen erfordert.

Sonderposten werden mit den ursprünglich erhaltenen Beträgen für Zuwendungen, Beiträge und andere Kostenerstattungen abzüglich der bis zum Bilanzstichtag vorzunehmenden Auflösungen bewertet. Die Auflösung ergibt sich anteilig aus der bereits verstrichenen Nutzungsdauer des finanzierten Vermögens.

Rückstellungen sind in Höhe des Betrages anzusetzen, in dem mit einer Inanspruchnahme zu rechnen und der nach vernünftiger Beurteilung auf Grundlage einer sachgerechten und nachvollziehbaren Schätzung notwendig ist. Für die wesentliche Position der Pensionsrück-

stellungen ist ein normiertes Berechnungsverfahren, das dem Einkommensteuergesetz entlehnt ist, vorgeschrieben.

Verbindlichkeiten werden immer mit ihrem Rückzahlungsbetrag in die Bilanz aufgenommen.

## **5 ERLÄUTERUNG DER ANGEWANDTEN BEWERTUNGSVERFAHREN**

Eine besondere Herausforderung bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz stellt die sachgerechte Ermittlung in Form von Erfahrungswerten dar, wenn die tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht mehr ermittelt werden können. Für die werthaltigsten Bilanzposten wurden zur Ermittlung der Ersatzwerte folgende besondere Verfahren angewendet:

Für die Ermittlung der Ersatzwerte bei Grundstücken wurde der aktuelle Bodenrichtwert zum Stichtag der Eröffnungsbilanz genutzt; sofern dieser nicht vorlag, wurde der niedrigste Bodenrichtwert umliegender Grundstücke herangezogen. Für gewidmete Grundstücke hat der Gesetzgeber jeweils besondere Werte nach Art der Widmung vorgesehen.

Für die Ermittlung der Ersatzwerte bei Gebäuden wurde das sog. Gebäudesachwertverfahren verwendet. Dabei handelt es sich um ein gutachterliches Verfahren, das durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Städtebau geregelt ist und je nach Gebäudetyp durchschnittliche Normalherstellungskosten je Quadratmeter vorsieht, die auf die Bruttogeschossfläche berechnet werden und anteilige Baunebenkosten einbeziehen. Dabei wurden die Preisverhältnisse zum Zeitpunkt der Errichtung der Gebäude berücksichtigt und darüberhinaus Abschreibungen für die Abnutzung sowie ggf. außerplanmäßige Abschreibungen für Baumängel und Bauschäden vorgenommen.

Gebäude der Stadt Erlangen mit einem Alter von über 80 Jahren wurden im Rahmen der Eröffnungsbilanz mit einem Erinnerungswert von 1 EUR bewertet, da diese zum Eröffnungsbilanzstichtag 01.01.2009 bereits komplett abgeschrieben sind.

Für Straßen wurden Durchschnittspreise pro Quadratmeter für Straßenneubauten je Straßentyp, Bauklasse (BKL) und Belagart ermittelt, um einen Aufschlag für Nebenkosten des Baus erweitert und mit Hilfe der „Preisindizes für Bauwerke und Messzahlen für Bauleistungspreise in Bayern im November 2007“ auf den Zeitpunkt der Herstellung rückgerechnet.

Für die übrigen Ingenieurbauwerke wurden auf der Grundlage von Erfahrungswerten aus der Herstellung vergleichbarer Bauwerke und unter Beachtung eines Anpassungsbedarfs an die Besonderheiten des zu bewertenden Bauwerks ersatzweise Neubaukosten 2007 zugrunde gelegt und auf das Baujahr rückindiziert. Straßen und Ingenieurbauwerke wurden jeweils planmäßig sowie bei Vorliegen von Bauschäden und Baumängeln abgeschrieben.

Ausführlich dargestellt werden die je Bilanzposten angewandten Bewertungsverfahren im Anhang zur Bilanz mit der endgültigen Vorlage der Eröffnungsbilanz. Der Anhang gibt darüberhinaus Auskunft über weitere Details zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und zum Zustandekommen der Bilanzzahlen. Die Bilanz wird im Rahmen der Jahresabschlusserstellung fortgeschrieben und jährlich – dann zusammen mit der Ergebnis- und Finanzrechnung – vorgelegt.

Erlangen, den 15.06.2011

Projekt NKFE

Beugel

(Stadtkämmerer und Projektverantwortlicher)

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
III/332

Verantwortliche/r:  
Frau Kerstin Wagner

Vorlagennummer:  
332/005/2011

### Teilnahme am bundesweiten Vergleichsring "Ausländerwesen" der KGSt

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.03.2011	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	29.06.2011	Ö	Kenntnisnahme	

### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

Vom Mai 2009 bis Februar 2011 nahm die Stadt Erlangen, Abteilung Ausländerangelegenheiten und Einbürgerungen, neben 7 weiteren Städten am bundesweiten Vergleichsring Ausländerwesen für Städte mit 90.000 – 200.000 Einwohner teil.

#### Anlagen:

- ein Grund- und Kennzahlensystem abgestimmt und Vergleichsdaten für das Jahr 2009 ermittelt
- eine Kundenbefragung vereinbart und durchgeführt und
- die jeweiligen Ausländerbehörden vor Ort besichtigt.

Dabei konnten Erkenntnisse gewonnen werden

- zu den vereinbarten Kennzahlen
- zu den Bearbeitungszeiten
- zur Kundenzufriedenheit
- zum Personaleinsatz und
- zu den Organisationsstrukturen.

Der Abschlussbericht liegt seit Februar 2011 vor. Die Ergebnisse der Kundenbefragung und das Gesamtergebnis werden in tabellarischer Form auszugsweise beigefügt.\* Bei näherem Interesse kann der Bericht in den Amtsräumen der Ausländerbehörde nach Terminvereinbarung jederzeit eingesehen werden.

Ein offizielles Ranking durch die KGSt wurde nicht vorgenommen. Die Stadt Erlangen nimmt im Teilnehmerfeld im Gesamtergebnis den 2. Platz ein, im Bereich Kundenzufriedenheit und Dienstleistungsorientierung konnte ein Spitzenplatz erzielt werden.

Bezüglich der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels hat die KGSt den Personalbedarf errechnet und für Erlangen einen Mehrbedarf von 1,3 – 1,8 Stellen vorgeschlagen.

\*Anmerkung: Nach Vereinbarung mit der KGSt werden nur eigene Zahlen veröffentlicht. Die Städtenamen der anderen Teilnehmer wurden daher gelöscht.

**Anlagen:** Vergleichsring Abschlußbericht Seiten 11, 12 und 16

### **III. Behandlung im Gremium**

#### **Beratung im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.03.2011**

##### **Protokollvermerk:**

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion soll die Angelegenheit nach Behandlung im Ausländer- und Integrationsbeirat erneut dem Haupt-, Finanz- und Personalausschuss vorgelegt werden. Die Verwaltung wird die Tabellen mündlich erläutern.

gez. Dr. Balleis  
Vorsitzende/r

gez. Wüstner  
Berichterstatter/in

IV. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

V. Zum Vorgang

## Ö 7.3

### 4.4 Ergebnisse der Kundenbefragung

Dienstleistungsorientierung					<b>MED</b>	<b>ERL</b>			
Durchschnittsnote Öffnungszeiten	2,20	1,70	2,70	2,10	<b>2,15</b>	1,90	2,30	1,70	2,40
Bekanntheit Terminvereinbarung in %	10 %	55 %	55 %	87 %	<b>55 %</b>	-	44 %	42 %	76 %
Durchschnittsnote Orientierung	1,90	1,60	1,50	2,00	<b>1,65</b>	1,40	1,70	1,20	1,70
Anteil Besucher mit Wartezeit	53 %	46 %	70 %	68 %	<b>60 %</b>	43 %	96 %	32 %	80 %
Durchschnittliche Wartezeit der Besucher mit Wartezeit	10,30	6,00	14,20	11,10	<b>10,70</b>	9,10	18,80	7,10	23,10
Durchschnittsnote Wartezeit der Besucher mit Wartezeit	2,40	1,80	2,30	2,50	<b>2,35</b>	1,80	2,60	1,40	2,80
Durchschnittsnote Wartezone	2,30	2,00	2,40	2,60	<b>2,35</b>	1,90	2,80	1,70	2,40
Durchschnittsnote mit Kindern	2,70	2,00	3,30	2,40	<b>2,35</b>	1,70	2,50	1,60	2,30
Durchschnittsnote Büros	2,30	2,00	2,10	2,10	<b>2,10</b>	1,70	2,50	1,60	2,30
Anteil der Fälle, die nicht abschließend erledigt werden konnten	27 %	29 %	40 %	44 %	<b>28 %</b>	19 %	19 %	35 %	24 %
Anteil der nicht erledigten Fälle, in denen nur noch Unterlagen abgeholt werden müssen	15 %	52 %	45 %	36 %	<b>33 %</b>	10 %	0 %	31 %	58 %
Durchschnittsnote Freundlichkeit	1,50	1,50	1,90	1,50	<b>1,50</b>	1,50	1,90	1,20	2,00
Durchschnittsnote Rücksichtnahme Sprachschwierigkeiten	1,60	1,70	1,80	1,70	<b>1,70</b>	1,50	1,80	1,20	2,00
Durchschnittsnote Erläuterungen	1,60	1,70	1,90	1,60	<b>1,65</b>	1,60	1,70	1,30	2,10
Durchschnittsnote Beratung	1,60	1,50	2,00	1,70	<b>1,65</b>	1,50	1,90	1,30	2,20
<b>Durchschnittsnote Gesamtzufriedenheit</b>	<b>1,70</b>	<b>1,60</b>	<b>2,40</b>	<b>1,80</b>	<b>1,75</b>	<b>1,70</b>	<b>2,20</b>	<b>1,60</b>	<b>2,30</b>
Dienstleistungsorientierung	<b>N</b>	<b>H</b>	<b>G</b>	<b>N</b>		<b>H</b>	<b>G</b>	<b>H</b>	<b>G</b>
Legende	Hohe Ausprägung			Neutrale Ausprägung			Geringe Ausprägung		

\*: In xxxxxxxx nahmen nur 28 Personen an der Kundenbefragung teil, der Rest verweigerte u. a. wegen langer Wartezeiten eine Beteiligung. Die Werte sind daher keinesfalls repräsentativ.

Auffällig war, dass die Räumlichkeiten von den Besuchern insgesamt positiver bewertet wurden als von den Vergleichsringteilnehmern, die die Räumlichkeiten im Rahmen von Vergleichsring-sitzungen besichtigten. Insgesamt muss insbesondere im Vergleich mit Bürgerbüros festgestellt werden, dass die Räumlichkeiten der Ausländerbehörden vielerorts einen deutlich niedrigeren Standard aufwiesen als z. B. Bürgerbüros.

## 5 Zielfeld: Produkte/Prozesse

Um Einfluss auf die Kundenzufriedenheit zu nehmen, haben Kommunen u. a. folgende Steuerungsmöglichkeiten:

- Öffnungszeiten
- Wartezeiten
- Durchlaufzeiten

## 5.1 Öffnungszeiten

Tag			*	*	ERL			
MO	8.30-12 14.30-17	8-16	7.30-10.30	8-12.30	8-12 14-18	8-12	8.30-12.30 14.30-17	8-12.30 14-16
DI	-	n.V.	7.30-10.30	8-12.30	8-12	8-12	8.30-12.30	vorm. n.V.
MI	8.30-12	8-17	-	8-12.30	8-12	-	-	8-12.30
DO	14.30-17	n.V.	13.30-16	8-12.30 14-18	8-14	8-12 14-17	8.30-12.30 14.30-18	vorm. n.V. 14-17
FR	8.30-12	8-12.30	7.30-10.30	8-12.30	8-12	8-12	8.30-12.30	vorm. n. V.
Std.	15,5	21,5*	11,5	26,5	26	19	22	14
Note ÖZ	2,20	1,70	2,70	2,10	1,90	2,30	1,70	2,40
Durchschnittsnote Gesamtzufriedenheit	1,70	1,60	2,40	1,80	1,70	2,20	1,60	2,30

)\* darüber hinaus sind Terminvereinbarungen möglich

)\*\* in xxxxx zusätzlich zentrale Anlaufstelle mit 36,5 Wochenstunden, die den Kunden ggf. ins Backoffice führt.

Ein Zusammenhang zwischen Öffnungszeiten und Zufriedenheit ist festzustellen.

## 5.2 Wartezeiten

					MED	ERL			
Anteil Besucher mit Wartezeit	53 %	46 %	70 %	68 %	60,50	43 %	96 %	32 %	80 %
Durchschnittliche Wartezeit der Besucher mit Wartezeit	10,30	6,00	14,20	11,10	10,70	9,10	18,80	7,10	23,10
Durchschnittsnote Wartezeit der Besucher mit Wartezeit	2,40	1,80	2,30	2,50	2,35	1,80	2,60	1,40	2,80
Durchschnittsnote Wartezone	2,30	2,00	2,40	2,60	2,35	1,90	2,80	1,70	2,40
Durchschnittsnote Gesamtzufriedenheit	1,70	1,60	2,40	1,80	1,75	1,70	2,20	1,60	2,30

## 5.3 Durchlaufzeiten

Für den Median der **Durchlaufzeit** von der Antragstellung bis zur Bekanntgabe einer Entscheidung liegt bezogen auf Anträge auf Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis zur Familienzusammenführung ohne Sicherheitsanfrage ein valider Wert vor:

					MED	ERL			
Median Durchlaufzeit in Kalendertagen	3	3	9	3	3	0	25	2	1

In Erlangen und xxxxx wird die Entscheidung in der Regel sofort getroffen.

## Ö 7.3 6.3 Mitarbeiterorientierung

Zur Vervollständigung der Betrachtung gehört noch eine Betrachtung der Mitarbeiterorientierung durch eine Mitarbeiterbefragung. Diese ist für eine etwaige 2. Projektphase in 2011 vorgesehen.

## 7 Gesamtergebnis/weiteres Vorgehen

Auf Grundlage der Einzelergebnisse fasst die folgende Übersicht den „Charakter“ der Ausländerbehörde in Form eines Fremdbilds zusammen.

Stadt					ERL			
Aspekt								
Integrationsorientierung	H	H	G	H	N	G	N	N
Ordnungsbehördliche Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der Ermessensspielräume	k.A.	G	H	G	N	N	H	N
Dienstleistungsorientierung	N	H	G	N	H	G	H	G
Wirtschaftlichkeit Allgemeine Ausländerangelegenheiten	G	N	G	G	N	H	N	H
Wirtschaftlichkeit Einbürgerung	N	N	k.A.	N	G	G	H	N
Legende	Hohe Ausprägung			Neutrale Ausprägung			Geringe Ausprägung	

Es fällt auf, dass es nur in Erlangen, xxxxxxx und xxxxxx einen „Gleichklang“ zwischen Dienstleistungsorientierung und Wirtschaftlichkeit gibt, in xxxxxxx und xxxxxxx gibt es Hinweise darauf, dass die Wirtschaftlichkeit zulasten der Dienstleistungsqualität geht.

Die Übersicht soll als Diskussionsgrundlage für eine Erörterung der Ergebnisse auf kommunaler Ebene dienen. Dabei sollte dieses Fremdbild mit den Selbsteinschätzungen der Verwaltungsführung und der Mitarbeiter verglichen werden, um Abweichungen zu ermitteln. Diese Abweichungsanalyse könnte Grundlage für eine Diskussion von Zielen und Maßnahmen sein. Ein Ergebnis dieser Diskussion sollte die Formulierung von mess- und terminierbaren Zielen sein, die sich auf alle dargestellten Aspekte beziehen können, z. B.

- Verbesserung der Note Orientierung auf X in der nächsten Kundenbefragung 2012
- Gleichbleibende Personalkosten trotz Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT) bis 31.12.2011 (vgl. Ziffer 8)
- ...

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
I/LGH/ZGC-2970

Verantwortliche/r:  
Herr Trost

Vorlagennummer:  
I/003/2011

### Bericht über den Jahresabschluss 2010 der GEWOBAU Erlangen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	29.06.2011	Ö	Gutachten	
Stadtrat	30.06.2011	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen  
GEWOBAU, Ref. II/Beteiligungsmanagement

#### I. Antrag

Der Bericht über den Jahresabschluss 2010 der GEWOBAU Erlangen wird zur Kenntnis genommen.

Die Vertretung der Stadt Erlangen wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der GEWOBAU Erlangen den folgenden Beschlüssen zuzustimmen:

1. Die Gesellschafterversammlung stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2010, der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gem. § 322 HGB des Prüfers versehen ist, fest.
2. Die Gesellschafterversammlung folgt dem vom Aufsichtsrat gebilligten Vorschlag der Geschäftsführung und beschließt:
  - a. Auf Zahlung einer Dividende wird für 2010 verzichtet.
  - b. Der Jahresüberschuss von € 2.919.163,16 wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.
3. Dem Aufsichtsrat wird für das Jahr 2010 Entlastung erteilt.
4. Die Gesellschafterversammlung wählt die pb Revision GmbH & Co. KG als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 einschließlich der Prüfung nach § 53 HGrG.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die vom Vertreter der Stadt Erlangen in der Gesellschafterversammlung abzugebenden Stimmen bedürfen nach der Bayerischen Gemeindeordnung bzw. der Geschäftsordnung des Stadtrats der Zustimmung des Stadtrats bzw. des zuständigen Ausschusses

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen/

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

#### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

**Anlagen:** Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2010

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

**1. JAHRESABSCHLUSS**

**1.1. Bilanz zum 31.12.2010**

**AKTIVA**

	€	Geschäftsjahr €	(Vorjahr) €
<b>A. Anlagevermögen</b>			
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>		69.371,18	75.281,94
<b>II. Sachanlagen</b>			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	257.731.782,82		235.358.294,21
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	1.184.043,72		1.219.900,72
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	654.810,50		524.589,04
4. Bauten auf fremden Grundstücken	113.932,51		128.156,51
5. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	217.317,73		199.451,89
6. Anlagen im Bau	441.026,41		2.716.846,72
7. Bauvorbereitungskosten	<u>236.266,55</u>	260.579.180,24	331.246,89
<b>III. Finanzanlagen</b>			
1. Beteiligungen	25.000,00		25.000,00
2. sonstige Ausleihungen	<u>1.500,00</u>	26.500,00	3.150,00
<b>Anlagevermögen insgesamt</b>		260.675.051,42	
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
<b>I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte</b>			
1. Bauvorbereitungskosten	10.114,66		
2. Grundstücke mit fertigen Bauten	129.568,64		
3. unfertige Leistungen	13.556.362,83		13.722.719,42
4. andere Vorräte	<u>20.546,42</u>	13.716.592,55	21.084,85
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			
1. Forderungen aus Vermietung	107.173,47		114.095,18
2. Forderungen aus Grundstücksverkäufen	177.772,10		232.693,69
3. Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	<u>285.692,89</u>	570.638,46	669.376,14
<b>III. Flüssige Mittel</b>			
Kassenbestand, Postgiroguthaben Guthaben bei Kreditinstituten		3.050.886,96	7.226.046,99
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<u>348.818,15</u>	175.921,02
<b>Summe</b>		<b>278.361.987,54</b>	262.743.855,21

**GEWOBAU Erlangen**  
**Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2010**

**PASSIVA**

	Geschäftsjahr	(Vorjahr)
	€	€
<b>A. Eigenkapital</b>		
<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	1.000.000,00	1.000.000,00
<b>II. Kapitalrücklage</b>	102.997,75	77.896,21
<b>III. Gewinnrücklagen</b>		
1. Gesellschaftsvertragliche Rücklagen	500.000,00	500.000,00
2. Rücklage aus Überzahlung gesellschaftsvertraglicher Rücklagen	500.000,00	500.000,00
3. Bauerneuerungsrücklage	15.411.325,51	
4. andere Gewinnrücklagen	45.302.939,80	33.227.551,19
<b>IV. Jahresüberschuss</b>	2.919.163,16	2.278.242,46
<b>Eigenkapital gesamt</b>	65.736.426,22	37.583.689,86
<b>B. Rückstellungen</b>		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	123.099,00	125.588,00
2. Rückstellungen für Bauinstandhaltung	0,00	15.411.325,51
3. sonstige Rückstellungen	1.866.717,92	1.989.816,92
<b>C. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditin- stituten	169.224.768,83	167.607.747,90
2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	22.741.119,81	22.427.302,05
3. erhaltene Anzahlungen	15.475.510,77	15.114.300,99
4. Verbindlichkeiten aus Vermietung	363.228,80	289.807,41
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.072.486,91	1.534.116,97
6. sonstige Verbindlichkeiten	45.791,96	209.922.907,08
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	712.837,32	235.468,84
<b>Summe</b>	<b>278.361.987,54</b>	<b>262.743.855,21</b>

**GEWOBAU Erlangen**  
**Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2010**

**1.2. Gewinn- und Verlustrechnung**

<b>GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG</b> für die Zeit vom 01.01. - 31.12.2010	€	(Vorjahr) €
<b>1. UMSATZERLÖSE</b>		
a) aus der Hausbewirtschaftung	43.084.166,53	41.606.240,14
b) aus Betreuungstätigkeit	92.771,04	142.309,60
<b>2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen oder unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen</b>	-166.356,59	222.296,05
<b>3. andere aktivierte Eigenleistungen</b>	214.704,55	235.700,00
<b>4. sonstige betriebliche Erträge</b>	1.820.565,59	1.902.652,77
<b>5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen</b>		
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	23.045.864,81	21.778.274,67
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	47.016,90	234.550,20
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	73.330,30	61.440,51
<b>6. ROHERGEBNIS</b>	21.879.639,11	22.034.933,18
<b>7. Personalaufwand</b>		
a) Löhne und Gehälter	3.137.947,59	3.056.377,25
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	729.747,15	939.571,64
<b>8. Abschreibungen</b> auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.016.854,38	7.176.188,68
<b>9. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	1.442.111,51	1.327.079,25
<b>10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</b>	54.092,23	89.772,20
<b>11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	7.187.575,34	7.342.851,24
<b>12. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT</b>	2.419.495,37	2.282.637,32
<b>13. außerordentliche Erträge</b>	515.624,00	0,00
<b>14. außerordentliche Aufwendungen</b>	5.622,35	0,00
<b>15. außerordentliches Ergebnis</b>	510.001,65	0,00
<b>16. sonstige Steuern</b>	10.333,86	4.394,86
<b>17. JAHRESÜBERSCHUSS</b>	<b>2.919.163,16</b>	<b>2.278.242,46</b>

# GEWOBAU Erlangen

## Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2010

### 1.3. Gewinnverteilungsvorschlag

---

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 weist einen Jahresüberschuss von € 2.919.163,16 aus.

#### **Die Geschäftsführung schlägt folgende Verwendung vor:**

Auf Zahlung einer Dividende wird für 2010 verzichtet.

Der Jahresüberschuss von € 2.919.163,16 wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Erlangen, 11. März 2011

GEWOBAU Erlangen  
Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft  
der Stadt Erlangen mbH

Gez. Gernot Kuchler  
Geschäftsführer

## 2. LAGEBERICHT

### 2.1. Geschäft und Rahmenbedingungen

---

#### 2.1.1. Rahmenbedingungen

---

Die Wettbewerbsposition einer Stadt hängt ganz wesentlich von ihrer Qualität als Wohnungs- und Wirtschaftsstandort ab. Die Wohnraumversorgung im Rahmen der Daseinsvorsorge der Kommunen wird von den kommunalen Wohnungsunternehmen in sozial sensibler und wirtschaftlich effizienter Form wahrgenommen. Vor dem Hintergrund der rapiden Abnahme von Wohnungen mit Sozialbindung wird die Wohnraumversorgung durch kommunale Unternehmen immer wichtiger. Kommunale Wohnungsunternehmen erhalten eine zusätzliche Funktion und Bedeutung, gerade, wo es keine funktionsfähigen Wohnungsmärkte gibt oder die »unsichtbare Hand« des vollständigen Wettbewerbs versagt.

Ausweislich des Mietwohnindex 2011 der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) sind unverändert 98 % der Bundesbürger überzeugt, dass sozialer Wohnungsbau auch in Zukunft benötigt wird. Acht von zehn befürchten, dass es in Großstädten bald nicht mehr genügend bezahlbare Wohnungen geben wird. Vor allem Ältere und Familien sind nach Einschätzung von rund 80 % der Befragten die Leidtragenden dieser Entwicklung. Bemerkenswert ist der gesellschaftliche Konsens in der Befragung: Es gibt kaum Unterschiede in der Beurteilung zwischen Betroffenen und Nichtbetroffenen – weder beim Haushaltseinkommen, noch beim Alter oder der Familiengröße.

Die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum hat sich in Bayern deutlich verstärkt. Auch die überraschend gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2010 real um 3,6 % gestiegen, für 2011 wird ein Wirtschaftswachstum von 3 % erwartet, hat diesen Trend nicht gebrochen. Zwar meldete zum Beispiel das bayerische Landesamt für Statistik im Jahr 2010 für Bayern ein Anstieg von fertiggestellten Neubauwohnungen um 5,8 % auf rd. 33.000 Wohnungen. Der prognostizierte jährliche Neubaubedarf bis 2025 liegt jedoch bei 46.000 Wohnungen im Jahr. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die differenzierte wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen sich natürlich auch in der Wohnraumnachfrage widerspiegelt. In Ballungsräumen mit prosperierender Wirtschaft gibt es deutlich stärkeren Wohnungsmangel.

## **GEWOBAU Erlangen**

### **Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2010**

Die Wohnbevölkerung Erlangens ist laut Aussage des städtischen Amtes für Statistik im Jahr 2010 auf 105.258 Einwohner (Vorjahr 105.164) gestiegen. Ursächlich hierfür ist der anhaltende Zuzug in die Neubaugebiete Röthelheimpark und Erlangen West. Der Ausländeranteil beträgt dabei 13.802 Personen und hat sich im Jahresverlauf 2010 kaum verändert. Der Anteil ausländischer Personen an der Gesamtbevölkerung Erlangens bewegt sich bei etwa 13,1 %. Die Stadt Erlangen erreicht bei den kreisfreien Städten bezogen auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (80.626) mit 766 Beschäftigten auf 1.000 Einwohner eine vergleichsweise exzellente Arbeitsplatzdichte in Bayern. Die Arbeitslosenquote von 4,2 % hat sich im Jahresverlauf (Vorjahr 4,4 %) um 0,2 Prozentpunkte vermindert. Damit liegt Erlangen bei den Städten weiter an der Spitze in der Metropolregion Nürnberg. Im Sinne des Wohnungsbindungsgesetzes ist die Stadt Erlangen als „Gebiet mit erhöhtem Wohnraumbedarf“ anerkannt.

Die GEWOBAU bewirtschaftete in 2010 insgesamt 7.915 Wohnungen (Vorjahr 7.874), wobei davon 2.491 noch der Preisbindung unterliegen. Darüber hinaus bewirtschaften wir 1.213 Garagen- und Tiefgaragenstellplätze sowie 45 Gewerbeeinheiten. Im Geschäftsjahr 2010 wurden insgesamt 47 Wohnungen erstmalig bezogen. Die Stadt hat im Jahr 2010 der GEWOBAU 437 Sozialmieter vermittelt.

Insgesamt vergibt die GEWOBAU 26 % ihrer Wohnungen an Ausländer und Aussiedler. Damit wird deutlich, dass die Integration in den Siedlungen der GEWOBAU stattfindet. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger (inkl. ALG-II-Empfänger) lag in 2010 mit 36 % deutlich höher als im Vorjahr (25 %). Die relativ hohe Quote ist einerseits darin begründet, dass die GEWOBAU im Stadtgebiet Erlangen ohnehin ca. 84 % aller öffentlich geförderten Wohnungen bereitstellt. Andererseits geht die GEWOBAU davon aus, dass bei zunehmender Nachfrage nach Wohnraum es für Transfereinkommensbezieher besonders schwer ist, sich auf dem Markt mit bezahlbaren Wohnungen zu versorgen. Auch hier zeigt sich die besondere Bedeutung, die einer kommunalen Wohnungsgesellschaft zukommt. Besonders bei barrierearmen Kleinwohnungen für 1- bis 2-Personen-Haushalte und bei Großwohnungen für einkommensschwache Familien ist eine starke Nachfrage zu verzeichnen.

#### **2.1.2. Wettbewerbsstärken und Unternehmensstrategie**

---

Das Kerngeschäft der GEWOBAU Erlangen GmbH ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung in Erlangen. Die Gesellschaft bündelt ab dem Geschäftsjahr 2011 alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung und Verwaltung der Wohnimmobilien, dem Management von Mietverträgen und der Betreuung der Mieter in ihren vier neuen Stadtteilbüros.

Wie schon in den letzten 60 Jahren ihres Bestehens ist es strategisches Ziel der GEWOBAU, im Rahmen ihres sozialen Auftrags bezahlbaren, attraktiven und sicheren Wohnraum in Erlangen bereitzustellen. Durch die sukzessive Entwicklung der Bestände kann die GEWOBAU vorhandene, sozial verträgliche Mietsteigerungspotenziale nutzen und Leerstand fast zur Gänze vermeiden. Mit der Einführung eines eigens konzipierten Qualitäts- und Portfoliomanagements und der Errichtung der vier Kundenzentren werden auch in Zukunft die an der Privatwirtschaft orientierten Leistungsstandards sichergestellt und der Wert des Unternehmens gesichert.

Die Größe und Qualität des eigenen Immobilienbestands, die Konzentration auf die Stadt Erlangen sowie die Qualität der Mitarbeiter sichern der GEWOBAU eine herausragende Marktposition. Zu den Wettbewerbsvorteilen zählen das mietertragsstarke und attraktive Bestandsportfolio in einer der wachstumsstärksten Regionen Deutschlands sowie Kompetenz, Erfahrung und Marktkenntnisse der Mitarbeiter. Entscheidend für die Wertentwicklung ist und war in der Vergangenheit die hohe Kundenbindung und Kundenzufriedenheit, die ihre Ursache nicht zuletzt in der Unterstützung der Gesellschaft durch ihre Gesellschafter, die Stadt Erlangen, vertreten durch Stadtrat und Oberbürgermeister, sowie die Sparkasse Erlangen, hat.

## **GEWOBAU Erlangen**

### **Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2010**

Wesentliche Steuerungsgrößen des zentralen Planungs- und Steuerungssystems der Gesellschaft sind die Entwicklung der m<sup>2</sup>-Mieten und des Leerstands, das Ergebnis der Neuvermietung sowie die Entwicklung der mit der Vermietung im Zusammenhang stehenden Kosten wie Instandhaltungs- und Betriebskosten. Im Bereich Bestandsverkäufe steuern wir über Verkaufspreise pro m<sup>2</sup> und die Marge als Differenz zwischen Buchwert und Verkaufspreis. Neben den dem operativen Bereich zuzuordnenden Personal- und Sachkosten, die im Geschäftsjahr 2010 leicht reduziert werden konnten, kommt den Finanzaufwendungen eine entscheidende Bedeutung zu.

Das aktive und laufende Management der Darlehensverbindlichkeiten, verbunden mit einer ständigen Marktüberwachung, ermöglicht eine kontinuierliche Optimierung des Finanzergebnisses.

Im September 2010 hat die Gesellschaft den Tiefststand bei den Fremdkapitalzinsen genutzt, um sich dieses historisch niedrige Zinsniveau für alle bis einschließlich 31.12.2014 auslaufenden Zinsbindungen zu sichern.

Mit der energetischen Sanierung unserer Bestände leistet die GEWOBAU auch einen erheblichen Beitrag zur CO<sub>2</sub>- und Energieeinsparung. Zwischenzeitlich wurden alle verfügbaren und geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen bzw. Solarthermieanlagen ausgestattet. Im Sinne einer langfristigen Wertsteigerung unseres Bestandes planen wir kontinuierlich weitere ökologische Maßnahmen, die dann wirtschaftlich umgesetzt werden. Dadurch leisten wir einen nachhaltigen Beitrag zum Umweltschutz.

Vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Geschäftspolitik engagiert sich die GEWOBAU auf diversen Ebenen in sozialen Projekten in den Quartieren, aber auch bei Schulpatenschaften. Im Rahmen unseres wohnungswirtschaftlichen Engagements fördern wir soziale Initiativen und Projekte in unseren Beständen. Mit diesen Maßnahmen tragen wir dazu bei, das Wohnumfeld für unsere Mieter attraktiver zu gestalten. Die GEWOBAU stellt aufgrund der sehr hohen Nachfrage nach Studentenwohnungen wegen des doppelten Abiturientenjahrgangs im Schuljahr 2010/2011 rd. 100 zusätzliche Studentenzimmer zur Verfügung.

Im Bereich der öffentlich geförderten Wohnungen nehmen wir einen jährlichen Ertragsverzicht in Höhe von T€ 402,3 hin. Im modernisierten, frei finanzierten Bestand bietet die GEWOBAU eine Subjektförderung an, um auch hier ausgewogene Bewohnerstrukturen zu ermöglichen. Die GEWOBAU bewirkt mit ihrer Mietpreispolitik eine Mietpreisdämpfung und hilft dadurch nicht nur bedürftigen Mieterhaushalten, sondern auch im Bereich von Wohngeld, Sozialhilfe und Unterkunftskosten für die Bezieher von Arbeitslosengeld II, die öffentlichen Haushalte zu entlasten.

In den letzten Jahren sind viele Sozialwohnungen aus der Bindung gefallen. Um das Angebot an Sozialwohnungen zu erweitern, hat die Sanierung von rund 600 einfachen Wohnungen nach zeitgemäßem energetischen Standard begonnen. Die Stadt Erlangen hat von der GEWOBAU zur Finanzierung dieser Maßnahmen entsprechende Belegungsrechte erworben. Dem Kaufpreis für die Belegungsrechte stehen entsprechende Mietverzichte der GEWOBAU gegenüber. Die Barwerte der jeweiligen Zahlungsreihen entsprechen sich.

#### **2.1.3. Bautätigkeit**

---

Nach 14-monatiger Bauzeit konnten im Sommer 2010 42 behinderten- und 5 rollstuhlgerechte Wohnungen in der Pommernstraße bezogen werden.

In Anwesenheit des bayerischen Innenministers fand im November der erste Spatenstich zur Errichtung von 60 einkommensorientiert geförderten Wohnungen an der Kurt-Schumacher-Straße statt.

Mit den Preisträgern des Architektenwettbewerbs „Waldsportpark“ wurden intensive Gespräche geführt mit dem Ziel, die Entwürfe zu optimieren. In 2011 werden wir im Bereich der Wilhelminenstraße 34 einkommensorientiert geförderte Wohnungen errichten. In der Elisabethstraße sollen 25 Studentenwohnungen, 120 Schwesternappartements, 14 Schwesternwohnungen sowie 34 barrierefreie Wohnungen

# GEWOBAU Erlangen

## Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2010

entstehen. Die GEWOBAU gibt damit ihre ursprüngliche Planung, auf dem Areal der Elisabethstraße eine lockere Reihenhausbebauung zu verwirklichen, auf und reagiert auf die beschriebenen Nachfrageänderungen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus.

Auf dem Grundstück in der Isarstraße werden, nach dem Abriss des maroden Ladenkomplexes im Juni 2011, 18 barrierefreie Wohnungen und ein Gewerbeobjekt, in dem eine Kinderkrippe und Räume für verschiedene städtische Einrichtungen untergebracht werden, errichtet. Beide Gebäude sollen in innovativer Holzbauweise errichtet werden, das 6-geschossige Hochhaus in Holzbauweise ist ein Pilotprojekt in Erlangen.

Aufgrund der sehr starken Nachfrage junger Familien nach Wohneigentum hat sich die GEWOBAU entschieden 23 Reihenhäuser ins Baurägersgeschäft zu übernehmen. Die 11 Wohnungen des denkmalgeschützten Objekts in der Wilhelmstraße werden saniert und als Eigentumswohnungen veräußert. Der Veräußerungserlös soll den sozialen Wohnungsbau in der Elisabethstraße mit finanzieren.

Alle Neubaumaßnahmen unterschreiten die Vorgaben, die sich aus der Energieeinsparverordnung ergeben deutlich.

Neben der Vollsanierung von 114 Wohnungen wurden in 2010 zusätzlich 170 WE energetisch saniert. Im Jahr 2011 werden weitere rund 435 Wohnungen im Bemühen, die Energieeffizienz in den Beständen weiter zu steigern, energetisch saniert bzw. vollmodernisiert. Auch hier werden unter anderem ineffiziente Heizsysteme durch moderne Gasbrennwertkesselanlagen mit zentraler Warmwasserversorgung oder durch Fern(Nah-)wärmeanschlüsse ersetzt, die Dächer erneuert und die Außenhaut der Gebäude gedämmt.

### **2.2. Darstellung der Lage**

---

#### **2.2.1. Ertragslage**

---

Mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 2.919,2 entspricht das um Sondereffekte bereinigte Jahresergebnis zum 31.12.2010 dem Vorjahresergebnis (T€ 2.278,2) weitgehend. Auch aufgrund der Umstellung nach BilMoG ist im Jahresüberschuss 2010 ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von T€ 510,0 enthalten.

Der Beitrag der Hausbewirtschaftung zum Jahresergebnis fällt mit T€ 3.996,9 im Vergleich zum Vorjahr wegen vorgenommener Mietanpassungen aus der Sanierungstätigkeit und wegen zusätzlicher Erlöse aus der Neubauvermietung deutlich besser aus.

Unverändert belasten die hohen Aufwendungen aus der Sanierungstätigkeit das Geschäftsfeld Bautätigkeit (T€ -1.687,1). Das sonstige und außerordentliche Ergebnis (T€ 649,6) ist geprägt durch den Verkauf von Immobilien des Anlagevermögens sowie durch Änderungen wegen des BilMoG.

Die Rentabilität der Gesellschaft war auch im Geschäftsjahr 2010 gegeben. Für das Geschäftsjahr 2011 erwarten wir ein ähnlich gutes operatives Ergebnis wie im Berichtsjahr. Entsprechendes gilt für das Geschäftsjahr 2012.

#### **2.2.2. Finanzlage**

---

Das höhere Jahresergebnis kompensiert die Umgliederung der Rückstellung für Bauinstandhaltung durch BilMoG und die niedrigeren Abschreibungen nicht vollständig. Der um Änderungen nach BilMoG bereinigte Cashflow in Höhe von T€ 9.427,7 hat sich gegenüber dem Vorjahr (T€ 10.470,5) reduziert. Dem Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 10.198,7 (Vorjahr: T€ 8.414,0) steht der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit in Höhe von T€ 16.687,7 (Vorjahr: T€ 12.319,2) ge-

## GEWOBAU Erlangen Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2010

genüber. Unter Berücksichtigung des Mittelzuflusses aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von T€ 2.308,8 (Vorjahr: T€ 3.907,0) ergeben sich insgesamt zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes in Höhe von T€ -4.180,2 (Vorjahr: T€ 1,8).

Die langfristigen Investitionen sind bis auf € 8,9 Mio. mit langfristigem Fremdkapital sowie mit Eigenkapital finanziert. Die Eigenkapitalquote in Höhe von 23,6 % der Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr (14,6 %) hauptsächlich durch die Maßnahmen im Rahmen des BilMoG verbessert. Die Eigenmittelquote betrug im Vorjahr 20,2 %.

Unsere langfristigen Fremdmittel haben sich um € 186,3 Mio. erhöht. Den planmäßigen (€ 5,5 Mio.) und außerplanmäßigen (€ 0,7 Mio.) Tilgungen standen Neuvaluierungen in Höhe von € 8,5 Mio. gegenüber. Die in 2010 ausgezahlten Fremdmittel betrafen die Sanierung 2009 und 2010 sowie den Neubau Pommernstraße.

Im Jahr 2000 wurde eine Zins-Swap-Vereinbarung mit einer Laufzeit vom 28.06.2002 - 29.03.2013 geschlossen. Der abgesicherte Nominalbetrag zum 31.12.2010 beläuft sich auf DM 5,74 Mio. (€ 2,93 Mio.). Die Vereinbarung dient zur Absicherung auf einen Zinssatz von 5,99 % zur Begrenzung der Risiken eines entsprechenden Darlehensvertrages auf Euribor-Basis.

Im Jahr 2010 wurden mehrere Swap-Vereinbarungen mit einer Laufzeit zwischen 10 und 20 Jahren geschlossen. Der abgesicherte Nominalbetrag zum 31.12.2010 beläuft sich auf € 23,7 Mio. Die Vereinbarungen dienen der Absicherung von Prolongationen, die im Zeitraum 30.08.2010 - 31.12.2014 fällig sind (Zinssatz zwischen 2,74 % und 3,92 %) und sollen die Risiken eines Zinsanstiegs entsprechender Darlehensverträge auf Euribor-Basis begrenzen.

In ihrer Vorschaurechnung für 2011 erwartet die Gesellschaft einen Finanzmittelbestand in Höhe von T€ 4.043,7 gegenüber T€ 3.045,8 im Geschäftsjahr 2010.

Die Gesellschaft kam auch im Geschäftsjahr 2010 ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nach und wird auch künftig hierzu in der Lage sein. Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

### 2.2.3. Vermögenslage

#### Vermögensübersicht

AKTIVA	31.12.2010	31.12.2009	PASSIVA	31.12.2010	31.12.2009
	T€	T€		T€	T€
Langfristige Investitionen	260.675	240.582	Eigenmittel	65.736	52.995
			Langfristige Fremdmittel	186.312	183.536
Investitionen im Verkaufsbereich	140	0	Fremdmittel für den Verkaufsbereich	0	0
Kurzfristige Aktiva	17.547	22.162	Kurzfristige Fremdmittel	26.314	26.213
<b>Summe</b>	<b>278.362</b>	<b>262.744</b>	<b>Summe</b>	<b>278.362</b>	<b>262.744</b>

Das Gesamtvermögen der GEWOBAU hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. € 15,6 Mio. (= 5,9 %) erhöht.

Diese Erhöhung beruht auf einer Zunahme des Anlagevermögens um T€ 20.093,2. Den planmäßigen Abschreibungen in Höhe von € 7,0 Mio. stehen vor allem Aktivierungen der Bau- und Sanierungskosten und Änderungen durch das BilMoG gegenüber.

## **GEWOBAU Erlangen**

### **Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2010**

Das Umlaufvermögen hat sich um T€ 4.648,0 verringert, der aktive Rechnungsabgrenzungsposten um T€ 172,9 erhöht.

Die langfristigen Finanzierungsmittel decken die langfristigen Vermögenswerte zu 96,6 % ab. Am Bilanzstichtag decken die kurzfristig realisierbaren Vermögenswerte die kurzfristig fälligen Finanzierungsmittel überwiegend ab.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

#### **2.3. Risiken**

---

Die Gesellschaft hat ein Risikofrühwarnsystem installiert. Ausgehend von der Gewichtung bestimmter Beobachtungsparameter wird regelmäßig eine Risikomatrix erstellt, die zur Beurteilung des Gesamtrisikos führt. Eventuell bestandsgefährdende Risiken können so erkannt und analysiert werden.

Die GEWOBAU hatte im Geschäftsjahr keine den Bestand des Unternehmens gefährdende oder sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage identifiziert.

Der ifo-Geschäftsklimaindex für das Dienstleistungsgewerbe ist auch im Geschäftsjahr 2011 weiter deutlich gestiegen. Mit der Konjunkturbelebung geht ein Anstieg der Inflation einher, der seit Herbst 2010 steigende Kapitalmarktzinsen zur Folge hat. Die GEWOBAU hat im September 2010 den Tiefstand bei den Fremdkapitalzinsen dazu genutzt, um sich dieses historisch niedrige Zinsniveau für alle bis einschließlich 31.12.2014 auslaufenden Zinsbindungen zu sichern. Die geplanten umfangreichen Baumaßnahmen in den Jahren 2011 und 2012 werden überwiegend mittels günstiger Förderdarlehen finanziert. Die Aufnahme von Geldern auf dem Kapitalmarkt zur Finanzierung der Neubaumaßnahmen ist nur in geringem Umfang geplant.

Als städtisches Tochterunternehmen war auch im Geschäftsjahr 2010 der Beitrag der Gesellschaft zur Haushaltskonsolidierung in der öffentlichen Diskussion. Der Gesellschafterin Stadt Erlangen wurde ein Angebot zum Ankauf städtischer Erbbaugrundstücke unterbreitet. Die Verhandlungen sowie die Preisfindung dauern noch an. Bei etwa Dreiviertel dieser Grundstücke könnte eine vertragliche Ankaufspflichtung der GEWOBAU bestehen. Ein Ankauf der städtischen Erbbaugrundstücke wird erhebliche finanzielle Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage haben, gleichzeitig aber die Transaktionskosten bei Verfügungen über die Grundstücke deutlich reduzieren.

Der gesamte Gebäudebestand wurde auch in diesem Geschäftsjahr zweimal begangen, alle festgestellten Mängel dokumentiert und die Beseitigung beauftragt.

Unter Würdigung und Kumulierung aller relevanten Einzelrisiken ist der Fortbestand der Gesellschaft nicht gefährdet. Dem Geschäftsführer sind keine Risiken bekannt, die für die Zukunft eine Bestandsgefährdung erkennen lassen.

#### **2.4. Nachtragsbericht**

---

Nach dem 31.12.2010 ergaben sich keine Ereignisse von besonderer Bedeutung, über die gemäß § 289 Abs. 2 HGB berichtet werden muss.

#### **2.5. Ausblick**

---

Auch in Zukunft wird die GEWOBAU ihrem satzungsgemäßen Auftrag durch Erhöhung der Attraktivität ihres Wohnungsbestandes, sowohl durch innovative Neubauprojekte als auch durch umfangreiche Aufwertungsmaßnahmen am Gebäudebestand und im Wohnumfeld, gerecht werden. Die energetische

# **GEWOBAU Erlangen**

## **Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2010**

Modernisierung und die Schaffung altersgerechten Wohnraums stehen dabei im Fokus der Aktivitäten der Gesellschaft. Der Wohnungsneubau muss in Bedarfsgebieten wie Erlangen weiterhin baurechtlich möglich und finanzierbar bleiben. Die GEWOBAU wird wichtiger standortorientierter Auftraggeber der lokalen Wirtschaft bleiben und auch in Zukunft das örtliche Handwerk und das regionale Baugewerbe stützen. Die GEWOBAU bietet zukunftssträchtige Ausbildungsplätze.

Gerade das in der Öffentlichkeit aktuell vermehrt diskutierte fragwürdige Vorgehen von privaten Finanzinvestoren im Umgang mit Mietern und Wohnungsbeständen hat einmal mehr deutlich gemacht, dass nur betriebswirtschaftlich optimierte, kommunale Wohnungsunternehmen wie die GEWOBAU die Befriedigung des menschlichen Grundbedürfnisses Wohnen, einschließlich der Schaffung und Beibehaltung eines attraktiven Wohnumfelds, in einer Kommune gewährleisten können. Die Mär von privaten Investoren, die Bestände besser bewirtschaften können, schlankere und effizientere innerbetriebliche Abläufe aufsetzen und mit dem eingesparten Geld nicht nur gut verdienen, sondern auch Wohnquartiere instand halten, wird zwischenzeitlich selbst von Befürwortern einer Privatisierung öffentlichen Eigentums wohl nicht mehr vorgetragen.

Allen Menschen und Bevölkerungsgruppen in Erlangen adäquaten und den jeweiligen Ressourcen entsprechenden Wohnraum anbieten zu können, ist eine wesentliche Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben der Menschen und für eine lebenswerte Stadt. Mit ihren vielfältigen Leistungen wird die GEWOBAU, wie schon in den letzten 60 Jahren, auch in Zukunft die hohe Wohn- und Lebensqualität in Erlangen sichern und weiter erhöhen.

Erlangen, 11. März 2011

Gez. Gernot Kuchler  
Geschäftsführer

### **3. BERICHT DES AUFSICHTSRATS**

Die Geschäftsführung hat den Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2010 regelmäßig über die beabsichtigte Geschäftspolitik, über grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, über alle wesentlichen Geschäftsvorfälle sowie die Entwicklung und Lage des Unternehmens mündlich und schriftlich unterrichtet.

Der Aufsichtsrat hat seine Überwachungspflicht in sechs Sitzungen wahrgenommen und alle wichtigen Angelegenheiten und grundsätzlichen Fragen ausführlich behandelt.

Wesentliche Beratungsschwerpunkte waren u.a.:

- der Jahresabschluss zum 31.12.2009 und der Lagebericht 2009,
- die Geschäftsentwicklung,
- die Nachfolgeregelung der Geschäftsführung,
- die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Erlangen,
- der Ankauf von Erbbaurechtsgrundstücken der Stadt Erlangen,
- die Bebauung des Grundstücks in der Elisabeth-/Wilhelminenstraße,
- die Bebauung des Grundstücks in der Kurt-Schumacher-Straße,
- die Bebauung des Grundstücks in der Isarstraße,
- die Sanierung des Grundstücks in der Wilhelmstraße,
- die Bebauung des Baufelds 410,
- die Sanierungsplanung 2011 bis 2013.

Der Aufsichtsrat der GEWOBAU hat die pb Revision GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft auf Grund des Gesellschafterbeschlusses vom 16. Juli 2010 durch

## **GEWOBAU Erlangen** **Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2010**

Schreiben vom 30. September 2010 mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2010 sowie des Lageberichtes 2010 gemäß §§ 316 ff. HGB sowie mit der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse beauftragt.

Der Abschlussprüfer hat an der ordentlichen Sitzung des Aufsichtsrates vom 22. März 2011 und vom 1. Juni 2011 teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Er stand dem Aufsichtsrat für Fragen zur Verfügung.

Der Aufsichtsrat hat von den Prüfungsergebnissen des Abschlussprüfers zustimmend Kenntnis genommen und nach dem abschließenden Ergebnis seiner sorgfältigen Prüfung keine Einwendungen gegen den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010, den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010 und den Gewinnverwendungsvorschlag erhoben. Den Geschäftsführern wurde für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.

Aufgrund der gewonnenen Einblicke in die Planung und Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sowie des Prüfungsergebnisses kann der Aufsichtsrat bestätigen, dass sich die Geschäfte des Unternehmens in Übereinstimmung mit Gesetz und Gesellschaftsvertrag befinden. Der Aufsichtsrat billigt den von der Geschäftsführung aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010, schließt sich dem Gewinnverteilungsvorschlag an und spricht an die Gesellschafterversammlung die Empfehlung aus, dem zuzustimmen.

Der Aufsichtsrat dankt den Geschäftsführern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2010 erbrachten Leistungen.

Erlangen, 1. Juni 2011

Gez. Gerd Lohwasser  
Vorsitzender des Aufsichtsrates

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
III/WMC

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:  
III/023/2011

### Besetzung des Aufsichtsrates der Erlanger Stadtwerke AG

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	29.06.2011	Ö	Gutachten	
Stadtrat	30.06.2011	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

### I. Antrag

Der Aufsichtsrat der Erlanger Stadtwerke AG wird für die Amtszeit vom 29.07.2011 bis zur Ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2014 entsprechend dem Vorschlag der Fraktionen mit folgenden Stadträtinnen und Stadträten besetzt:

Mitglied des Aufsichtsrats	Ersatzmitglied
<i>Dr. Siegfried Balleis, Oberbürgermeister, Erlangen</i>	---
<i>Manfred Hopfengärtner, Kaufmann i. R. und Stadtrat, Erlangen</i>	<i>Robert Hüttner, Malermeister und Stadtrat, Erlangen</i>
<i>Klaus Könnecke, Erster Polizeihauptkommissar a. D. und Stadtrat, Erlangen</i>	<i>Gabriele Kopper, Bankkauffrau und Stadträtin, Erlangen</i>
<i>Jörg Volleth, Polizeibeamter und Stadtrat, Erlangen</i>	<i>Mehmet Sapmaz, Dipl.-Betriebswirt und Stadtrat, Erlangen</i>
<i>Dr. Jürgen Zeus, Internist i. R. und Stadtrat, Erlangen</i>	<i>Dr. Matthias Faigle, Rechtsanwalt und Stadtrat, Erlangen</i>
<i>Dr. Florian Janik, wiss. Angestellter und Stadtrat, Erlangen</i>	<i>Gisela Niclas, Dipl.-Sozialarbeiterin und Stadträtin, Erlangen</i>
<i>Felizitas Traub-Eichhorn, Lehrerin und Stadträtin, Erlangen</i>	<i>Robert Thaler, Dipl.-Ingenieur i. R. und Stadtrat, Erlangen</i>
<i>Helmut Wening, Polizeibeamter und Stadtrat, Erlangen</i>	<i>Harald Bußmann, Informatiker und Stadtrat, Erlangen</i>

### II. Begründung

#### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Aufsichtsrat der Erlanger Stadtwerke AG setzt sich zusammen aus Aufsichtsratsmitgliedern der Aktionärin und der Arbeitnehmer.

Die Amtszeit der derzeitigen Aufsichtsratsmitglieder im Aufsichtsrat der ESTW, die von der Stadt Erlangen als Aktionärin vorgeschlagen werden, endet mit der Hauptversammlung 2011, die über das Geschäftsjahr 2010 beschließt.

Die Aktionärsvertreter werden gewählt für den Zeitraum von der Hauptversammlung 2011, am 29. Juli 2011, bis zur Hauptversammlung 2014, welche über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2013 beschließt.

## 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

## 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

## 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

### Anlagen:

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/112

Verantwortliche/r:  
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:  
112/038/2011

### Änderung der Öffnungszeiten im Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Sozial- und Gesundheitsausschuss	28.06.2011	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	29.06.2011	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Referat V, Amt 50

#### I. Antrag

Im Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen bleiben aufgrund der außerordentlichen Arbeitsbelastung ab 01.07.2011 bis auf weiteres die Abteilungen 501 und 502 am Montagvormittag geschlossen.

Die Abteilungen 501 und 502 haben zu folgenden Zeiten für den Publikumsverkehr geöffnet:

Montag: 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr  
 Dienstag: 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr  
 Mittwoch: geschlossen  
 Donnerstag: 8:00 Uhr bis 14:00 Uhr  
 Freitag: 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr

#### II. Begründung

Die Etablierung und Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets erweist sich als äußerst verwaltungsaufwändig und bindet sehr viele personelle Ressourcen. Die Antragsquote in Erlangen liegt im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen in Deutschland sehr hoch. Der Zeitdruck ist sehr groß, da die Anträge zeitnah und rückwirkend zum 01.01.2011 bearbeitet werden müssen.

Zeitgleich erfolgt ein Upgrade des Leistungsrechnungsprogramms SGB XII. Die Projektleitung musste von einem Sachbearbeiter übernommen werden und viele Sachbearbeiter/innen sind damit befasst eine möglichst reibungslose und fehlerfreie Umstellung zu garantieren.

Darüber hinaus sind längerfristige Erkrankungsfälle aufgetreten, deren Arbeitsvolumen noch zusätzlich aufzufangen ist. Die Reduzierung der Öffnungszeiten ist deshalb auch aus Gründen der Personalfürsorge dringend erforderlich.

Durch Reduzierung der Öffnungszeiten soll eine Entlastung der Mitarbeiter/innen und eine zügige Bearbeitung von Anträgen erreicht werden.

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
V/50/VOA - 2249

Verantwortliche/r:  
Herr Otto Vierheilig

Vorlagennummer:  
503/003/2011

### Zwischenbericht zur Umsetzung des Vorschlages Nr. 19 der Fa. Rödl & Partner ("Ausbau der Unterstützung für obdachlose Menschen") zugleich: Zielsetzung für den künftigen Umgang mit Wohnungsnotfällen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Sozialbeirat	28.06.2011	Ö	Empfehlung	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	28.06.2011	Ö	Beschluss	
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	29.06.2011	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

##### 1. Die inhaltlichen Zielsetzungen

- Unterbringung bzw. Vermittlung von Familien mit Kindern in den regulären Sozialwohnungsbestand nach Möglichkeit bis Ende 2011
- Verringerung der Anzahl der Bewohner und
- Reduzierung des Bestandes der Obdachlosenunterkünfte werden gebilligt.

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die geplante Überarbeitung der Gebührensatzung auf Grund der akut notwendigen Präventionsarbeit erst dann erfolgen kann, wenn die personelle Ergänzung lt. dem aktuellen Stellenplan erfolgt ist.

3. Über den anstehenden Renovierungsbedarf im Bestand der verbleibenden Unterkünfte (Heizung, Sanitär, Fenster) wird die Verwaltung zu Gesprächen mit der GEWOBAU aufgefordert.

#### II. Begründung

Seit etwa Anfang 2009 ist die „Fachstelle Obdachlosigkeit“ im Sozialamt (Sachgebiet 503-2) verstärkt darum bemüht, die Anzahl der benötigten Verfügungswohnungen durch anderweitige Unterbringung der Bewohner zu verringern. Zum damaligen Zeitpunkt verfügte die Stadt Erlangen über folgenden Bestand an Verfügungswohnungen und Flüchtlingsunterkünften:

Anmietung GEWOBAU	Stadtteil Bruck	161 WE
	Stadtteil Büchenbach	78 WE
	Wilhelmstr. 2	31 WE
stadteigene Unterkunft	Bayreuther Str. 66/68	12 WE
von Privateigentümern angemietet	Nägelsbachstr. 32	9 WE

insgesamt

308 WE

Zu diesem Zeitpunkt waren insgesamt 426 Personen in den Notunterkünften untergebracht. Nachdem sich die GEWOBAU bereits 2004 in ihrer Portfoliostrategie auf eine Neuverwertung der Grundstücke im Bereich Eggenreuther Weg/Zeißstrasse festlegt hat – und damit eine Aufwertung dieses Wohnviertels anstrebt - waren im Bereich des SG 503-2 neue Schwerpunkte hinsichtlich der Unterbringung von Wohnungsnotfällen erforderlich. Die bisherige Praxis beschränkte sich lediglich auf die Unterbringung bedürftiger Bürger sowie die Verwaltung der Unterkünfte. Die künftigen Schwerpunkte wurden bestimmt auf:

- a) Prävention (Hilfe zum Erhalt der Wohnung)
- b) Behebung (Hilfen zur Erlangung einer Wohnung u. somit Auflösung von Unterkünften)
- c) Unterstützung (Koordination von Hilfen für bedürftige Bewohner, deren Vermittlung sich als schwierig erweist).

Da diese Schwerpunkte nur mit einem erheblichen Mehraufwand und vor allem fachkundigen Personal zu leisten sind, wurde zum 15.12.2008 eine neue sozialpädagogische Fachkraft eingestellt. Bereits im März 2009 stand mit der Räumung der als gesundheitsbeeinträchtigend einzustufenden Unterkunft Wilhelmstr. 2 die erste große Herausforderung an das neu strukturierte SG 503-2 an. Sämtliche Bewohner konnten bis zum 30.4.2010 in normale Mietverhältnisse oder in Ersatzunterkünfte vermittelt bzw. umgesetzt werden. Die Unterkunft wurde am 1.5.2010 an die GEWOBAU zurückgegeben. Im Juli 2009 erfolgten auch die ersten Umsetzungen aus dem Bereich Eggenreuther Weg/Zeißstrasse in die Ersatzwohnungen aus dem Bestand der GEWOBAU (Bewährungsverträge). Frei werdende Unterkünfte in diesem Bereich werden nicht mehr belegt.

Durch Kündigung des Vermieters wurde zum 30.4.2011 eine weitere Unterkunft mit 9 Wohneinheiten in der Nägelsbachstr. 32 aufgelöst, sodass sich zum Stand 15.5.2011 folgende Unterkunftssituation ergibt:

Anmietung GEWOBAU	Stadtteil Bruck .	139 WE
	Stadtteil Büchenbach	79 WE
	Bestandswohnungen GEWO Bau	25 WE
stadteigene Unterkunft von Privateigentümern	Bayreuther Str. 66/68 (durch Brandschaden derzeit 4 WE nicht bewohnbar).	8 WE
	Gerhart-Hauptmann-Str.	12 WE
insgesamt		<u>263 WE</u>

Entsprechend der geringeren Anzahl an Unterkünften hatte sich auch die Anzahl der untergebrachten Bewohner geändert. Am 10.5.2011 lebten nur noch 298 Bewohner in den städtischen Verfügungswohnungen. Dies ist ein Rückgang um 29,2 %. Ein großer Anteil dieses Abbaues ist bei den Familien zu bemerken. Teilweise zähe, aber durchaus erfolgreiche Verhandlungen mit der Wohnungswirtschaft, den Sozialträgern und auch karitativen Einrichtungen führten dazu, dass sich die Anzahl der Familien, bzw. Alleinerziehenden mit Kindern auf derzeit 14 (mit insgesamt noch 19

Kindern) verringerte. Diese Entwicklung führt dazu, dass den größten Anteil der Bewohner noch immer die Gruppe der Alleinstehenden (197) ausmacht. 55 Personen sind hierbei im Bereich Büchenbach untergebracht. Die dort zur Verfügung stehenden Unterkünfte befinden sich zwischenzeitlich in einem stark renovierungs- und verbesserungsbedürftigen Zustand. Dies gilt vor allem hinsichtlich der noch vorhandenen Ofenheizungen, aber auch der Gemeinschaftsduschen und Gemeinschaftstoiletten – eine ständige Ursache für Konflikte.

#### Stand der Bearbeitung des Sparvorschlages Nr. 19 der Fa. Rödl & Partner

Im Bereich des SG 503-2 wird – hoffentlich noch im Laufe dieses Jahres - eine weitere sozialpädagogische Fachkraft eingesetzt werden, um die aufwändige Arbeit in Prävention, Behebung und Unterstützung noch erfolgreicher fortzuführen.

Insbesondere die Hilfe in Zwangsräumungsfällen erfordert viel Zeit und den sofortigen, vollen Einsatz unter Zurückstellung aller anderen Aufgaben, da die präventive Hilfe wesentlich effizienter und kostengünstiger ist, als eine nachträgliche Unterstützung und Behebung der verfestigten Notsituation. Die Fachstelle betrachtet deshalb diese Arbeit als vorrangig.

Aus diesem Grund konnte bisher die von der Fa. Rödl & Partner vorgeschlagene, und vom Stadtrat beschlossene Sparmaßnahme Nr. 19 („Überarbeitung der Gebührensatzung für die Benutzung der städtischen Verfügungswohnungen mit dem Ziel einer Gebührenerhöhung, bzw. mit dem Ziel einer Einnahmeerhöhung“) noch nicht in Angriff genommen werden. Dies wird – ohne die vorrangige, präventive Hilfe in Zwangsräumungsfällen zu vernachlässigen – voraussichtlich erst möglich sein, wenn die o.g. personelle Verstärkung realisiert ist.

#### Erfordernisse und Planung für die Zukunft

Darüber hinaus ist für den Teil der Bewohner, der in absehbarer Zeit nicht in den Wohnungsmarkt vermittelt werden kann, entsprechend angemessener Wohnraum nötig. Es besteht dringender Bedarf an kleinen Wohneinheiten mit eigener Dusche und WC sowie zentraler Heizungsanlage. In den angemieteten Gebäuden in Bruck und Büchenbach weisen praktisch sämtliche Unterkünfte auch Fensterschäden auf. In Zahlen ausgedrückt handelt es sich hierbei um nicht weniger als 496 schadhafte Fenster, wobei bei den größten Schäden im Falle von Platzregen das Wasser innerhalb der Wohnungen an den Wänden herab laufen kann.

Die Fachstelle hält es deshalb für geboten, mit der GEWOBAU in Kontakt zu treten, um zu überprüfen, in welchem Kostenrahmen günstige Renovierungen mit gleichzeitigen Umbauarbeiten hin zu Kleinwohnungen durchgeführt werden könnten. Darüber hinaus sollten auch Verbesserungen in der Sanitär- und Heizungsausstattung angestrebt werden. Dabei kann auch berücksichtigt werden, dass es bei der künftig noch intensiveren Präventions- und Betreuungsarbeit durchaus vorstellbar ist, dass in absehbarer Zeit noch weitere Unterkünfte aufgelöst werden könnten. Das gilt insbesondere dann, wenn es gelingen sollte, alle noch in Verfügungswohnungen lebenden Familien mit Kindern möglichst bis zum Jahresende in reguläre Sozialwohnungen zu vermitteln.

**Anlagen:** ---

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift  
VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:  
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:  
11/054/2011

### Bestellung der Amtsleitung des Rechnungsprüfungsamtes zum/zur Anti-Korruptionsbeauftragten

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Rechnungsprüfungsausschuss	28.06.2011	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	29.06.2011	Ö	Gutachten	
Stadtrat	30.06.2011	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Amt 14

#### I. Antrag

1. Für die Verwaltung wird die Funktion „Anti-Korruptionsbeauftragte/r“ eingerichtet.
2. Diese Funktion wird generell der jeweiligen Amtsleitung des Rechnungsprüfungsamtes übertragen.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Aktivitäten der Verwaltung im Hinblick auf die Korruptionsprävention sollen unter einer einheitlichen Verantwortung stehen und als Funktion einer Mitarbeiterin/einem Mitarbeiter übertragen werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Übertragung der Funktion: „Anti-Korruptionsbeauftragte/r“ auf die jeweilige Amtsleitung des Rechnungsprüfungsamtes

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Funktion „Anti-Korruptionsbeauftragte/r“ wird Bestandteil der Arbeitsplatzbeschreibung der Amtsleitung des Rechnungsprüfungsamtes. Dies ist in mehreren bayerischen Städten ebenso geregelt.

Die Arbeitsschwerpunkte des Antikorruptionsbeauftragten sind:

Korruptionsprävention:

- Ansprechpartner für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Aufklärung und Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (z. B. mittels Intranet)
- Herausgabe von Informationsmaterial in regelmäßigen Abständen
- Regelmäßige Analyse des Gefährdungspotenzials bei der Stadt Erlangen

Korruptionsbekämpfung:

- Achten auf Korruptionsanzeichen
- Durchführung von Untersuchungen in Verdachtsfällen

#### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Keine zusätzlichen Ressourcen erforderlich.

##### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/11/113

Verantwortliche/r:  
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:  
11/037/2011

### Personalbericht 2010

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	23.03.2011	Ö	Einbringung	zur Kenntnis genommen
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	13.04.2011	Ö	Beschluss	vertagt
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	29.06.2011	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen  
Amt 20, Amt 30-S

#### I. Antrag

Der Personalbericht wird nach Aussprache zur Kenntnis genommen.

#### II. Begründung

Gem. Beschluss des HFPA vom 10.02.2010 werden die Personalberichte aus Kostengründen elektronisch bereitgestellt. Gem. Protokollvermerk in gleicher Sitzung werden 10 Exemplare gedruckt und an die Fraktionen weitergegeben.

Der Bericht für das Jahr 2010 wird plangemäß in der 11. KW 2011 verteilt.

Bei zusätzlichem Bedarf kann der Personalbericht als PDF-Datei oder als CD beim Personal- und Organisationsamt, Abteilung Personalabrechnung, per E-Mail an, stefan.puels@stadt.erlangen.de oder unter Tel. 09131-86 2202 angefordert werden.

#### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.03.2011

#### Ergebnis/Beschluss:

- Einbringung -

gez. Dr. Balleis  
Vorsitzende/r

gez. Ternes  
Berichtersteller/in

**Protokollvermerk:**

Der Tagesordnungspunkt wird auf Wunsch der Fraktionen bis zur HFPA-Sitzung am 29.06.2011 vertagt.

gez. Dr. Balleis  
Vorsitzende/r

gez. Ternes  
Berichtersteller/in

- IV. Beschlusskontrolle
- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:  
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:  
112/039/2011

### Dienstleistungszentrum "Veranstaltungen in der Stadt" (Antrag der CSU-Fraktion vom 28.07.08, Nr. 184/2008)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	29.06.2011	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen  
eGov, Amt 32

#### I. Antrag

Der Projektabschlussbericht wird zur Kenntnis genommen (Anlage 1).  
Der Fraktionsantrag Nr. 184/2008 (Anlage 2) vom 28.07.2008 ist damit bearbeitet.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen wurden erzielt?)

Bürokratieabbau und Vereinfachung von Verwaltungsverfahren (Geschäftsprozessoptimierung) für Veranstalterinnen/Veranstalter und Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Stadtverwaltung im Stadtgebiet.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was wurde getan, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Es wurde – zunächst nur ablauforganisatorisch, bis Frühjahr 2011 auch räumlich - eine zentrale Anlaufstelle geschaffen, die die erforderlichen amtsinternen, ämterübergreifenden und externen Stellen beteiligt, die Zuständigkeit für die Bearbeitung koordiniert und die fristgerechte Bescheiderstellung überwacht.

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie wird künftig das Leistungsangebot erbracht?)

Durch persönliche Vorsprache oder telefonische Anfrage bei der zentralen Anlaufstelle in der Abt. 322 (Ordnungs- und Gewerbewesen), 3. Stock, Zi. 302, Tel. 86-1682 oder online-Information auf der Internetseite der Stadt Erlangen unter Stadtverwaltung / Dienstleistungen von A – Z / Veranstaltungen, Feste, Feiern (ab Juli 2011 aktualisiert).

##### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen waren zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Die Mitglieder der Projektgruppe im Zeitraum der Konzeptionierung (siehe Projektbericht), die Projektverantwortliche in Abt. 322, Fr. B. mit 20 % ihrer wöchentlichen Arbeitszeit sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Amt 32 während der Test- und Einführungsphase. Zum 01.01.2010 wurde eine zentrale Anlaufstelle für die Genehmigung von Veranstaltungen (ZAS) eingerichtet. Diese wurde bei der Planstelle 320 2220/SB Ordnungsaufgaben angesiedelt, der darüber hinaus noch andere Fachaufgaben übertragen sind (SB Jagd- und Fischereirecht, Ordnungsaufgaben). Für den Arbeitsvorgang „zentrale Anlaufstelle“ sollen künftig 20%

der Arbeitszeit verwendet werden (entspricht dem bisherigen Umfang der Projekt-Freistellung).

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten (mit IT-Arb.platz)	€11.148,00 €	bei Sachkonto: 322090
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt  
X sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk  
 sind nicht vorhanden

**Anlagen:** Projektbericht  
Fraktionsantrag Nr. 184

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle  
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift  
VI. Zum Vorgang

## **Projekt „Optimierung des Veranstaltungsmanagements bei der Stadt Erlangen für Veranstalter und zu beteiligende Stellen“ hier: Projektbericht**

---

I.

### **1 Einleitung**

Die damalige Zuständigkeitsverteilung bei der Planung und Durchführung von Aktionen und Veranstaltungen war verbesserungsbedürftig.

Im Jahr 2005 wurde als Ergebnis eines Organisations- und eGov-Projektes die Bearbeitung von öffentlich-rechtlichen Sondernutzungsanträgen bei Amt 32 zentralisiert. Die Ämter 23, 63 und 66 sind bei der Sachbearbeitung künftig nur noch von Amt 32 zu beteiligen. Die erforderlichen Planstellen wurden von Amt 23 bzw. Amt 66 auf Amt 32 übertragen. Die im Rahmen dieses Projekts optimierten Prozesse haben jedoch nur einen Teilbereich des Veranstaltungsmanagements abgedeckt.

Im Jahr 2006 wurde die Abteilung Ordnungs- und Gewerbewesen organisatorisch ganzheitlich untersucht. Hierbei wurde auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Prozessoptimierung im Bereich Anzeige und Genehmigung von Veranstaltungen, Festen, Feiern für erforderlich gehalten. Aufgrund der knappen Personalausstattung und der Aufgabendichte konnte diese nicht innerhalb der Abteilung 322 neben dem Tagesgeschäft geleistet werden. Aus organisatorischer Sicht wurden im Jahr 2008 Prozessverbesserungen unbedingt erforderlich, da die Zahl der öffentlichen und privaten Veranstaltungen im Stadtgebiet jährlich zu nimmt. Hierbei müssen die sicherheits- und ordnungsrechtlichen Belange angemessen berücksichtigt werden.

Am 28. Juli 2008 hat die CSU-Fraktion einen Fraktionsantrag zur Schaffung eines Dienstleistungszentrums „Veranstaltungen in der Stadt“ (184/2008) gestellt.

Daraufhin wurde von Abt. 112 ein Projektantrag formuliert und in der Sitzung der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsreform (AGHV) am 26.09.2008 der o. g. Projektauftrag erteilt. Der HFGPA hat in seiner Sitzung am 22.10.2008 mit den im Projektauftrag näher beschriebenen Zielen einstimmig sein Einverständnis erklärt.

### **2 Ausgangslage:**

Die sicherheits- und ordnungsrechtlichen Belange konnte bisher nur durch das hohe Engagement der für die unterschiedlichen Belange zuständigen Sachbearbeiter angemessen berücksichtigt bzw. größtenteils sichergestellt werden, da die Veranstalter oft nicht alle zu beteiligenden Stellen in der Stadtverwaltung überblicken konnten oder die Notwendigkeit einer Anzeige bzw. eines Antrages auf Genehmigung (insbesondere bei Veranstaltungen auf privaten Flächen) nicht kannten. Die Veranstalter hatten allein in Amt 32 mehrere Ansprechpartner bzw. Bearbeitungsstellen, bei denen jeweils alle Unterlagen vorgelegt werden mussten und von denen zur selben Veranstaltung jeweils mehrere verschiedene Bescheide mit unterschiedlichen, sich teilweise widersprechenden, Auflagen und mehreren Einzel-Gebühren erstellt wurden.

### **3 Projektablauf**

Die Projektgruppe, bestehend aus Fr. B., SB Jagd- und Fischereirecht, Ordnungsaufgaben und von der Abt. 322 mit 20% der Arbeitszeit für das Projekt freigestellt, Hrn. J., SGL Verkehrswesen und Parkraumbewirtschaftung, Hrn. B., Abteilungsleiter Ordnungs- und Gewerbewesen (nur optional) sowie der Projektleitung, bestehend aus Hrn. H., eGov, und Fr. F., Abt. 112, hat ab dem 28.10.2008 in Abständen von jeweils ca. 4 Wochen oder größeren Intervallen insgesamt 10 x getagt und zum Erreichen des Projektziels folgendes Vorgehen festgelegt:

Damit die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf den verschiedensten Veranstaltungen zukünftig besser sichergestellt und kundenorientierter überprüft werden kann, waren zunächst ablauforganisatorische Veränderungen notwendig und standen daher im Vordergrund.

Hierzu wurde als erstes eine Bestandsaufnahme aller in einem Jahr (von November 2007 bis Oktober 2008) bearbeiteten Veranstaltungen (Anzeigen und Anträge) gemacht und die damit verbundenen Erlaubnisse aufgelistet. Die jeweils zuständigen Sachbearbeiter aus den Bereichen Gestattungen, Marktfestsetzungen, Sondernutzungen und Veranstaltungen nach LStVG (verteilt auf 4 Stellen bzw. 4 Personen) wurden zum Prozessablauf, den Bearbeitungs- u. Liegezeiten, den Beteiligungen, Auflagen und Verteilern befragt und die aktuellen Antragsformulare sowie Bescheidmuster angefordert.

Danach wurde das Optimierungspotential bei den Antragsformularen, den Bescheiden und den Auflagen ermittelt, ein Grob-Konzept für das weitere Vorgehen (Bildung sinnvoller Leistungsbündel) und ein Sollprozess erarbeitet. In diesem war vorgesehen, für den Veranstalter eine Anlaufstelle zu schaffen, bei der alle relevanten Fragen gestellt werden können. Organisationsmodell sollte hierbei das „Dienstleistungsfachgeschäft“ – Zentrum für individuelle Lösungsfindung – (S. 62/63 des KGSt-Berichtes 5/2002) sein.

In der nächsten Projektphase ab April 2009 wurde anhand einer Großveranstaltung im Juni ein optimierter Prozess getestet, da ein umfassender Test wegen des Beginns der Veranstaltungssaison personell nicht zu leisten war. Hierzu wurde der Antrag verbessert und aktuelle Musterbescheide mit den erforderlichen Auflagen, Hinweisen sowie Gebühren unter Beteiligung von Amt 30 erarbeitet. Die Erfahrungen mit diesem Musterprozess wurden für weitere spezielle Veranstaltungen sowohl in der Abteilung 322 als auch 321 genutzt. Nach und nach wurden alle bisherigen Dokumente an den Veranstalter inhaltlich und formal neu gestaltet und teilweise zusammengefasst. Aufgrund des neuen Prozessablaufs wurde ein „Laufzettel“ für jede Veranstaltung gestaltet, der sowohl in Papierform als auch als Datei gepflegt werden soll. So können künftig alle beteiligten Stellen jederzeit einen Überblick über den Verfahrensstand erhalten.

Lt. Projektauftrag sollten neben Amt 32 auch weitere Ämter beteiligt werden, die aus fachlicher und organisatorischer Sicht mit Veranstaltungen befasst sind. Die Ämter 31, 37, 63, wurden insoweit eingebunden, als von Amt 32 regelmäßig Stellungnahmen von diesen Ämtern eingeholt werden, soweit relevante Belange in Form von Auflagen für die jeweilige Veranstaltung abzuklären waren und sind. Bei der Überarbeitung der Auflagenliste waren diese Ämter fachlich eingebunden, jedoch unterhalb der Projektgruppenebene. Die Auflagenliste soll künftig mindestens einmal jährlich unter Beteiligung dieser Ämter aktualisiert werden.

Eine weitergehende Beteiligung anderer Ämter wurde zum damaligen Stand des Projektes als nicht erforderlich angesehen.

Im Folgenden war auch eine zukunftsfähige und abteilungsübergreifende technische Lösung für die künftige verwaltungsinterne Bearbeitung, Suche und Archivierung zu suchen. Seitens eGov wurden mehrere Möglichkeiten aufgezeigt. Es sollte eine für Amt 32 rasch umsetzbare Lösung gefunden werden, die vorher abteilungs- und sachgebietsintern abgestimmt werden sollte.

Zu Beginn der zweiten Jahreshälfte 2009 wurde die Nutzung der Datenbank ProAV für alle Veranstaltungen – zuvor wurde sie nur von SG 321-1 verwendet -, favorisiert und als die sinnvollste Zwischenlösung angesehen. Von 36 Feldern in ProAV wurden bisher von SG 321-1 nur 12 belegt. Die Mitglieder der PG haben die Felder im notwendigen Ausmaß erweitert, um die Datenbank abteilungsübergreifend nutzen bzw. alle Veranstaltungen, die von Amt 32 bearbeitet werden, dort einzutragen und fortlaufend nummerieren zu können. Unter diesen Nummern können auch die einzelnen Dokumente abgespeichert werden. Der gesamte Vorgang wird dadurch auswertbar, nachvollziehbar und abteilungsübergreifend wieder auffindbar gemacht.

Vom 01.10. – 31.12.2009 wurde dieses Verfahren getestet. Seit dem 01.01.2010 ist es bei den Sachbearbeitern in Amt 32 im Echteininsatz.

Im Rahmen einer Bachelor-Arbeit zur EU-DLR (EU-Dienstleistungsrichtlinie) bei der Stadt Erlangen, die am 25.09.2009 in der AGHV präsentiert wurde, wurden auch Prozesse bei Abt. 322 er-

hoben, die das o. g. Projekt betrafen (Sondernutzungen im öffentlichen Raum und vorübergehende Gaststättenerlaubnisse (Gestattungen). Die Autoren der Arbeit empfahlen der Stadt Erlangen ein Entwicklungsstufenkonzept (Ziff. 4.3.2), das nach Diskussion in der PG in Teilen auch auf das Projekt Veranstaltungsmanagement angewandt werden sollte:

- Neugestaltung der Webseite für den Bereich Veranstaltungen/Versammlungen
- Hilfetexte oder zusätzliche Erläuterungen in die online-Formulare einarbeiten (lassen)

Nach der umfassenden inhaltlichen Überarbeitung der Anträge, die von den PG-Mitgliedern bis Herbst 2009 geleistet wurde, war von der PG die künftige Form und Veröffentlichungsweise gegenüber dem Veranstalter zu entscheiden. Das ursprünglich favorisierte Bausteinsystem wurde nicht weiterverfolgt, sondern neue städtische Einzelformulare mit Ergänzungs- und Hinweis-Möglichkeit auf zusätzlich erforderliche Anträge als sinnvoller angesehen. Zum Jahresende 2009 hin wurden die neuen Antragsformulare (für Veranstaltungen nach dem LStVG in geschlossenen Räumen, auf privaten Freiflächen und auf öffentlichen Verkehrsflächen, für Gestattungen, Markt-festsetzungen, pyrotechnische Erlaubnis, Marktfestsetzung, Anlage Aufgrabung für die Befestigung von Zelten) in die Form städtischer Formulare gebracht.

Die neuen Formulare sollten dann auf die neu zu gestaltende Webseite des „virtuellen Veranstaltun- und Versammlungsbüros“ der Stadt Erlangen gestellt werden. Der Webredakteur für Amt 32 sollte die Onlineformulare entsprechend der neuen Teamstruktur in Abt. 322 ordnen, den Internetauftritt des Amtes 32 im Bereich Veranstaltungen/Versammlungen strukturieren sowie mit den neuen Formularen füllen. Hilfetexte oder zusätzliche Erläuterungen sollten in die online-Formulare eingearbeitet werden.

Am 29.12.2009 wurde offiziell zum 01.01.2010 eine zentrale Anlaufstelle für die Genehmigung von Veranstaltungen (ZAS) eingerichtet. Diese wurde bei Fr. B. (Planstelle 320 2220) angesiedelt, die bisher von der Abt. 322 mit 20% der Arbeitszeit für das Projekt freigestellt war und der darüber hinaus noch andere Fachaufgaben übertragen sind (SB Jagd- und Fischereirecht, Ordnungsaufgaben). Auf Vorschlag der Abteilungsleitung 322 und auch nach Auffassung der PG sollten daraufhin die mit der Genehmigung von Veranstaltungen befassten Sachbearbeiter/innen in der Abt. 322 räumlich „zusammengezogen“ werden. Dadurch würde

- sowohl für den Bürger eine Konzentration und bessere Übersichtlichkeit der Zuständigkeiten
- als auch für die damit befassten Sachbearbeiter eine bessere und evtl. schnellere interne Kommunikation sowie leichtere Vertretungsmöglichkeit geschaffen werden.

Die Zimmer 301 bis 303 und 305 im 3. OG des Rathauses sollten nach Plänen der Abt. 322 – soweit im Zuge des Auszugs des Amtes 12 für Abt. 322 keine bessere räumliche Unterbringung innerhalb des 3. OG möglich wäre - mit Unterstützung von Amt 24 neu belegt werden.

Das Projekt sollte nach den Umzügen und der Beschlussfassung im HFPA mit der Veröffentlichung der Veränderungen im Mitteilungsblatt und Amtsblatt beendet werden. Der Umzug fand im April 2011 statt.

#### Überblick Zeittafel

Projektauftrag wird erteilt in Sitzung AGHV	26.09.2008
Einverständnis mit Projektauftrag per HFPA-Beschluss wg. Fraktionsantrag	22.10.2008
Projektgruppe „Veranstaltungsmanagement“ unter Beteiligung der Ämter 11, 32 und eGov	28.10.2008
Sachstandsbericht in Form Power Point Präsentation nach 2 PGS in Sitzung AGHV	12.12.2008
Sachstandsbericht in Form MzK nach 4 PGS im HFPA	11.02.2009

Beginn Testphase	01.04.2009
Mitarbeiterbesprechung in Abt. 322 zu Projektstand und geplanten weiteren Schritten	29.06.2009
Sachstandsbericht in Form Power Point Präsentation nach 9 PGS in Sitzung AGHV	27.11.2009
Echt-Nutzung gemeinsame Datenbank	01.01.2010
Zentrale Anlaufstelle für die Genehmigung von Veranstaltungen organisatorisch eingerichtet	01.01.2010
Umzug der mit Veranstaltungen befassten MA zur besseren Vertretung und Kundenorientierung	18./19.04.2011
Verbesserung der Informationen im Internet	Juli 2011
Einverständnis mit Projektergebnissen per HFPA-Beschluss wegen Fraktionsantrag	29.06.2011
Information über Verbesserungen im Zusammenhang mit der Genehmigung einer Veranstaltung im Mitteilungsblatt und Amtsblatt	Mitte Juli 2011
Information AGHV über Beschlussergebnis mittels MzK	29.07.2011

#### 4 Ergebnisse

Zur Vereinfachung für den Veranstalter und für die Verwaltung wird künftig

- im Ordnungs- und Straßenverkehrsamt eine zentrale Service- und Koordinationsstelle für die Bearbeitung von Veranstaltungsangelegenheiten sowohl räumlich als auch personell geschaffen, die individuell berät, auf alle im Genehmigungsverfahren zu beteiligende Stellen (z. B. intern Ämter 23, 31, 37, 39, 41, 63 und 66; extern Polizei und Rettungszweckverband) hinweist und diese in das Verfahren einbezieht.
- nur einmal die für die Entscheidung erforderliche Information unter Verwendung neuer sowie inhaltlich besser strukturierter Formulare abgefragt und diese auch den verfahrensbeteiligten Stellen zur Verfügung gestellt.
- die Vorab-Information über Internet oder im direkten Kundenkontakt übersichtlicher gestaltet.
- innerhalb des Ordnungs- und Straßenverkehrsamtes eine gemeinsame Datenbank für alle Veranstaltungen geführt, so dass sich der einzelne Sachbearbeiter rasch und vollumfänglich über den jeweiligen Verfahrensstand informieren kann.
- soweit rechtlich möglich, kein zusätzlicher Auflagen-Bescheid nach dem LStVG mehr erlassen, sondern die zu regelnden Sachverhalte in die spezialgesetzliche Genehmigung bzw. Erlaubnis (z.B. gaststättenrechtliche Gestattung oder Marktfestsetzung nach der Gewerbeordnung) mit aufgenommen.
- bei einer Erlaubnis zur übermäßigen Straßenbenutzung nach § 29 StVO die straßen- und wegerechtliche Sondernutzungserlaubnis mit ggf. darüber hinaus erforderlichen sicherheitsrechtliche Auflagen enthalten sein.

I.A.

Franke



**CSU-Stadtratsfraktion Erlangen**

Rathaus, Rathausplatz 1, Zimmer 1.04  
91052 Erlangen

Tel. (09131) 86-24 05

Fax (09131) 86-21 78

eMail: csu@erlangen.de

CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Siegfried Balleis

Rathaus

91052 Erlangen

**Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

**Eingang: 29.07.2008**

**Antragsnr.: 184/2008**

**Verteiler: OBM, BM, Fraktionen**

**Zust. Referat: OBM/ZV/112/Hr. Handrich  
mit Referat:**

28. Juli 2008

AB

**Antrag**

**hier: Dienstleistungszentrum "Veranstaltungen in der Stadt"**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

von Vereinen und anderen Organisationen wird das vielfältige und komplizierte Verfahren bei den Genehmigungen von Veranstaltungen beklagt.

Daher beantragen wir die Schaffung eines Dienstleistungszentrums "Veranstaltungen in der Stadt". Eine genaue Konzeption zur Umsetzung wird von Seiten der Verwaltung erarbeitet und dem HFPA zur Zustimmung vorgelegt.

Wir stellen uns vor, daß es für die Veranstalter zukünftig einen Ansprechpartner gibt, der die notwendigen Genehmigungen für die Bereiche Ordnungswesen, Liegenschaften, Tiefbau, Gebäudemanagement, EStW, EBE, EB 77 usw. organisiert und gebührenmäßig abrechnet. Dieses Dienstleistungszentrum "Veranstaltungen in der Stadt" hätte dann auch einen Überblick, wann, wo und was an Veranstaltungen stattfindet.

Die CSU-Stadtratsfraktion Erlangen hat diesen Antrag bereits im Juli 2003 mit der Nr. 117/2003 gestellt, bis jetzt wurde er allerdings noch nicht abschließend bearbeitet.

Mit freundlichen Grüßen

**Birgitt Aßmus**

Fraktionsvorsitzende

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/13-2/ssa/T. 2813

Verantwortliche/r:  
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:  
13-2/124/2011

### Verwendung des Budgetergebnisses des Bürgermeister- und Presseamtes; Anträge Nr. 072/2011 vom 07.06.2011 und 033/2011 vom 07.04.2011 der SPD-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	29.06.2011	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

1. Der Budgetübertrag 2010 des Bürgermeister- und Presseamtes in Höhe von 39.492, 68 Euro wird wie folgt verwendet:

- Deckung der Mehrkosten der Aktiv-Card 10.000 Euro
- 50 Jahre Partnerschaft Eskilstuna 7.000 Euro
- Öffentlichkeitsarbeit 325 Jahre Huguenottenstadt 5.000 Euro
- Bau des geplanten Physiotherapieraums in San Carlos 12.000 Euro
- Beteiligung an der Finanzierung einer Koordinationsstelle der Partnerstädte in San Carlos 2.000 Euro
- Zuführung zur Budgetrücklage 3.492,68 Euro

2. Die Budgetergebnisrücklage des Bürgermeister- und Presseamtes in Höhe von 28.420,28 Euro wird wie folgt verwendet:

- 50 Jahre Partnerschaft mit Eskilstuna 13.000 Euro
- neues Ausstellungssystem im Rathausfoyer 15.000 Euro.

3. Die Anträge Nr. 072/2011 vom 07.06.2011 und 033/2011 vom 07.04.2011 der SPD-Fraktion sind erledigt.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20% des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Mit der Verwendung des Budgetergebnisses werden erhöhte Kosten durch die verstärkte Nutzung der Aktiv-Card und erhöhte Gebühren ausgeglichen.

Weitere Kosten sind durch die Partnerschaftsjubiläen mit Eskilstuna und Cumiana entstanden, die Kosten für das umfangreiche Rahmenprogramm können nicht ausschließlich aus dem Budget 2011 des Amtes übernommen werden. Für das Jubiläum mit unserer ältesten Partnerstadt Eskilstuna wurden bereits im Vorjahr Mittel in der Budgetergebnisrücklage angespart.

Das mehr als 25 Jahre alte Ausstellungssystem, das durch häufigen Auf- und Abbau nicht mehr voll funktionsfähig ist, muss ersetzt werden. Durch die Situierung der Ausstellungen im Foyer des Rathauses, das täglich von bis zu 1.000 Personen besucht wird, dient es der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Erlangen. Die Erneuerung ist unverzichtbar und wird von den teilweise ehrenamtlich mitwirkenden Ausstellern seit längerem angemahnt.

Hinsichtlich der im Antrag Nr. 072/2011 vom 07.06.2011 angesprochenen Haushaltsmittel für den Ausländer- und Integrationsbeirat wird die Beschlussfassung des Beirates abgewartet, die im Rahmen der Haushaltsberatungen 2012 von den Stadtratsfraktionen aufgegriffen werden kann.

### **3. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### **4. Ressourcen**

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung in Höhe von 39.492,68 Euro  
(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2010)

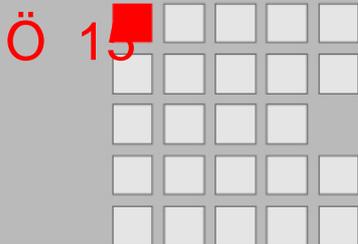
**Anlagen:** Antrag Nr. 033/2011 vom 07.04.2011 der SPD-Fraktion  
Antrag Nr. 072/2011 vom 07.06.2011 der SPD-Fraktion

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



## Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

**Eingang:** 07.04.2011

**Antragsnr.:** 033/2011

**Verteiler:** OBM, BM, Fraktionen

**Zust. Referat:** OBM/13/Hr. Schmitt

**mit Referat:**

**SPD Fraktion  
im Stadtrat Erlangen**

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Siegfried Balleis  
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail spd@erlangen.de  
www.spd-fraktion-erlangen.de

### **Unterstützung für San Carlos – Stadt als Vorbild**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Reise einer Delegation aus Erlangen in unsere nicaraguanische Partnerstadt San Carlos vor wenigen Wochen hat erneut bestätigt, wie dringend die Menschen dort unsere Solidarität und Unterstützung brauchen und wie sinnvoll Gelder in Projekten in San Carlos mit direkter Wirkung für die Menschen dort eingesetzt werden können. In Zeiten, in denen wie jetzt aktuell die Entwicklungshilfe auf Regierungsebene aus politischen Gründen eingestellt wird, ist kommunale Entwicklungs-zusammenarbeit zudem wichtiger denn je.

Wir beantragen daher, wie bereits vom Agenda-Beirat im vergangenen Herbst vorgeschlagen, einen eigenständigen städtischen Beitrag zur Unterstützung von San Carlos zu leisten, mit dem die Stadt zugleich öffentlich als Vorbild wirken und BürgerInnen und Unternehmen zu weiterer Spendenbereitschaft aufrufen kann:

- 2.000 Euro für die Unterstützung der Koordinationsstelle der Partnerstädte in San Carlos, deren Nutzen auch aus Erlanger Sicht von Bürgermeisterin Dr. Preuß nach ihrer Reise unterstrichen wurde, sowie
- 10.000 Euro für den dringend für erforderlichen Physiotherapieraum im Krankenhaus von San Carlos.

Die Mittel sind aus dem Budget des Bürgermeisteramtes zu finanzieren.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik                      Barbara Pfister stellv.  
Fraktionsvorsitzender      Fraktionsvorsitzende

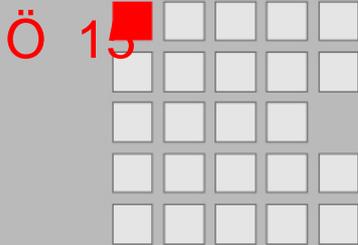
f.d.R. Saskia Coerlin  
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

**Datum**  
05.04.2011

**AnsprechpartnerIn**  
Saskia Coerlin

**Durchwahl**  
09131 862225

**Seite**  
1 von 1



### Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

**Eingang:** 07.06.2011

**Antragsnr.:** 072/2011

**Verteiler:** OBM, BM, Fraktionen

**Zust. Referat:** OBM/13/Hr. Schmitt  
**mit Referat:**

**SPD Fraktion  
im Stadtrat Erlangen**

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Siegfried Balleis  
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail spd@erlangen.de  
www.spd-fraktion-erlangen.de

### **Antrag zum HFGA am 29.06.2011, TOP Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses des Bürgermeister- und Presseamtes**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zur Verwendung des Budgetüberschusses von Amt 13 stellen wir folgenden Antrag:

1. Städtepartnerschaft mit San Carlos:

- 12.000 Euro werden für den Bau des geplanten Physiotherapieraums in San Carlos bereitgestellt
- Die Stadt Erlangen beteiligt sich mit 2.000 Euro an der Finanzierung einer Koordinationsstelle der Partnerstädte in San Carlos  
Zur Begründung verweisen wir auf die Anträge des Runden Tisches San Carlos sowie den Bericht der Bürgermeisterin von ihrem Besuch in San Carlos.

2. Ausländer- und Integrationsbeirat:

- Aufstockung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit des Beirats um 4.000 Euro, um den nachgewiesenen gestiegenen Bedarf zu decken
- 2.000 Euro für die Deutsch-Offensive, um Kürzungen der vorgesehenen Kursprogramme zumindest bei den Kinderkursen zu vermeiden

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Mittelverwendung (für neue Stellwände) ist entsprechend zu kürzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik  
Fraktionsvorsitzender

Barbara Pfister  
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Elizabeth Rossiter  
Sprecherin für  
Integration

f.d.R. Saskia Coerlin  
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

**Datum**  
08.05.2011

**AnsprechpartnerIn**  
Saskia Coerlin

**Durchwahl**  
09131 862225

**Seite**  
1 von 1

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
II/201-1

Verantwortliche/r:  
Frau Bräuer

Vorlagennummer:  
II/106/2011

### Budgetergebnisse 2010; Ergebnisüberträge und Verlustvorträge 2010

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	29.06.2011	Ö	Gutachten	
Stadtrat	30.06.2011	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Nachrichtlich: Beratungsfolge in den Ausschüssen

Beratungsfolge	Termin	öff. nöff	Vorlagenart	Abstimmungsergebnis			
				einstim- mig	für	gegen	Prot.ver m.
BWA	10.05.11	X	Beschluss				
SportA	10.05.11	X	Beschluss				
SGA	11.05.11	X	Beschluss				
UVPA	17.05.11	X	Beschluss				
HFPA	18.05.11	X	Beschluss				
SchulA	19.05.11	X	Beschluss				
KFA	25.05.11	X	Beschluss				
StR	26.05.11	X	Beschluss				
UVPA	07.06.11	X	Beschluss				
RPA	28.06.11	X	Beschluss				

#### I. Antrag

1. Die Budgetergebnisse der Ämter werden zur Kenntnis genommen.
2. Den von den Fachausschüssen begutachteten **positiven** Budgetüberträgen gemäß Anlage 2a wird zugestimmt.
3. Der Bereitstellung des Gesamtübertrages i.H.v. 919.436,99 EUR wird zugestimmt.
4. Der Bereinigung der Sachkostenbudgetergebnisse gemäß Anlagen 1 und 2b von insgesamt - 1.687.463,84 EUR (Ergebnisverschlechterung der Sachkostenbudgets zugunsten des Haushalts) wird zugestimmt.
5. Bei den Ämtern, die mit einem **negativen** Budgetergebnis abgeschlossen haben, sind die entstandenen Verluste (s. Anlage 2a) gemäß der folgenden Einzelgutachten vorzutragen:

Amt	Verlust	Verwaltungsvorschlag Verlustvortrag	Beschluss Fachausschuss	Gutachten HFPA -Abstimmung-
Gst	0,00 EUR (nach Entnahme aus der Budgetrücklage i.H.v. 1.749,00 EUR)	<b>0,00 EUR</b>	Abweichend von dem von der Kämmerei vorgeschlagenen Ausgleich des Verlustvortrags in Höhe von - 1.749,00 EUR durch Entnahme aus der Sonderrücklage Budgetergebnis, schlägt das Fachamt vor, <u>keinen</u> Verlust vorzutragen (Verlustvortrag damit 0 EUR) und der Sonderrücklage Budgetergebnis keinen Betrag zu entnehmen. <b>Mit 13 gegen 0 Stimmen</b>	<b>Dem Verlustvortrag wird zugestimmt</b> <b>a) in voller Höhe mit ... gegen ... Stimmen</b> <b>b) in Höhe von ..... EUR mit ... gegen ... Stimmen</b> <b>c) nicht zugestimmt mit ... gegen ... Stimmen</b>
32	-532.849,56 EUR	<b>-532.849,56 EUR</b>	Abweichend von dem von der Kämmerei vorgeschlagenen und den Budgetierungsregeln entsprechenden Verlustvortrag in Höhe von - 532.849,56 EUR schlägt das Fachamt einen Verlustvortrag in Höhe von 0,00 EUR vor. <b>Mit 13 gegen 0 Stimmen angenommen.</b>	<b>Dem Verlustvortrag wird zugestimmt</b> <b>a) in voller Höhe mit ... gegen ... Stimmen</b> <b>b) in Höhe von ..... EUR mit ... gegen ... Stimmen</b> <b>c) nicht zugestimmt mit ... gegen ... Stimmen</b>
41	-18.238,62 EUR (nach Entnahme aus der Budgetrücklage i.H.v. 2.947,79 EUR)	<b>-18.238,62 EUR</b>	Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Amtes 41 i.H.v. -21.186,41 EUR und dem vorgesehenen Verlustvortrag entsprechend den Budgetierungsregeln von -18.238,62 EUR wird -nach Rücklagenentnahme - zugestimmt. <b>Mit 13 gegen 0 Stimmen angenommen.</b>	<b>Dem Verlustvortrag wird zugestimmt</b> <b>a) in voller Höhe mit ... gegen ... Stimmen</b> <b>b) in Höhe von ..... EUR mit ... gegen ... Stimmen</b> <b>c) nicht zugestimmt mit ... gegen ... Stimmen</b>
44	-152.301,99 EUR	<b>-152.301,99 EUR</b>	Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Amtes 44 i.H.v. -152.301,99 EUR und dem von der Kämmerei vorgesehenen Verlustvortrag entsprechend den Budgetierungsregeln von -152.301,99 EUR wird nicht zugestimmt. Abweichend von dem von der Kämmerei vorgeschlagenen und den Budgetierungsregeln entsprechenden Verlustvortrag in Höhe von -152.301,99 EUR schlägt das Fachamt einen Verlustvortrag in Höhe von -105.600,- EUR (Variante 1) -96.000,- EUR (Variante 2) vor. <b>Variante 1 (105.600,- €) mit 13 gegen 0 Stimmen angenommen.</b> Variante 2 ( 96.000,- €) mit 6 gegen 7 Stimmen abgelehnt.	<b>Dem Verlustvortrag wird zugestimmt</b> <b>a) in voller Höhe mit ... gegen ... Stimmen</b> <b>b) in Höhe von ..... EUR mit ... gegen ... Stimmen</b> <b>c) nicht zugestimmt mit ... gegen ... Stimmen</b>

452	-18.643,15 EUR	<b>-18.643,15 EUR</b>	<p>Der Verlustvortrag von -18.643,15 € wird um die nicht im Budget enthaltenen Planungsmittel für das Museumsdepot in Höhe von 5.000,- € gekürzt und beträgt somit <b>-13.643,15 €</b></p> <p><b>Mit 12 gegen 1 Stimme angenommen.</b></p>	<p><b>Dem Verlustvortrag wird zugestimmt</b></p> <p><b>a) in voller Höhe mit ... gegen ... Stimmen</b></p> <p><b>b) in Höhe von ..... EUR mit ... gegen ... Stimmen</b></p> <p><b>c) nicht zugestimmt mit ... gegen ... Stimmen</b></p>
471 KPB	-6.616,99 EUR	<b>-6.616,99 EUR</b>	<p>Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Amtes 471 i.H.v. -6.616,99 EUR wird zugestimmt.</p> <p>Abweichend von dem von der Kämmerei vorgeschlagenen und den Budgetierungsregeln entsprechenden Verlustvortrag in Höhe von -6.616,99 EUR schlägt das Fachamt einen Verlustvortrag in Höhe von 0 EUR vor.</p> <p><b>Mit 6 gegen 7 Stimmen abgelehnt.</b></p> <p><b>Protokollvermerk:</b> Es besteht jedoch Übereinstimmung, den Verlustvortrag von -6.616,99 EUR bei Abschluss eines Kontraktes ab 2012 zu streichen.</p>	<p><b>Dem Verlustvortrag wird zugestimmt</b></p> <p><b>a) in voller Höhe mit ... gegen ... Stimmen</b></p> <p><b>b) in Höhe von ..... EUR mit ... gegen ... Stimmen</b></p> <p><b>c) nicht zugestimmt mit ... gegen ... Stimmen</b></p>

## II. Begründung

### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Haushaltsjahr 2010 haben 26 Fachämter (ohne GME) und 3 Abteilungen (Abt. 451 -Stadtarchiv-, Abt. 452 -Stadtmuseum- und 471 -Kulturprojektbüro-) ein **bereinigtes Gesamtbudgetergebnis von 5.470.316,16 EUR** (Vorjahr: 3.793.554,09 EUR) erwirtschaftet. Das Ergebnis setzt sich zusammen aus einem **Überschuss beim bereinigten Sachkostenbudgetergebnis i.H.v. 3.000.637,49 EUR** (Vorjahr: Überschuss von 1.451.959,16 EUR) und einem **Überschuss beim bereinigten Personalkostenbudgetergebnis i.H.v. 2.469.678,67 EUR** (Vorjahr: 2.341.594,93 EUR).

Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2010 wurde vom Stadtrat für die Fachämter ein **Sachkostenzuschussbudget** von insgesamt – 29.975.700,-- EUR beschlossen. (Erwartete Erträge 66.521.900,-- EUR -davon im Bereich der Ämter 50 und 51: 40.340.300,-- EUR- und voraussichtliche Aufwendungen: 95.497.600,--EUR -davon im Bereich der Ämter 50 und 51: 70.266.100,-- EUR-).

Im Laufe des Haushaltsjahres 2010 erfuhr dieses Sachkostenzuschussbudget der Fachämter eine Erhöhung um saldiert 774.304,07 € (Verminderung der Erträge um 922.934,88 € und der Aufwendungen um 148.630,81 €).

Die Fachamtsbudgets haben **mit einem Plus bei den Sachkosten in Höhe von 4.688.101,33 EUR** (2009: 5.568.816,37 EUR) abgeschlossen. Dieses auf den ersten Blick gute Ergebnis relativiert sich jedoch bei genauerer Betrachtung: Neben dem aufgezeigten Bedarf an Bereinigungen in Höhe von insgesamt 1.687.463,84 EUR bedarf der Umstand der Erwähnung, dass

allein die über das Sachkostenbudget abgerechneten Transferleistungen in den Bereichen Jugend, Arbeit und Soziales mit einem Betrag von zusammen 1.998.228,43 EUR zu dem Plus bei den Sachkosten beigetragen haben (auf Amt 50 entfällt bei alleiniger Betrachtung der Transferleistungen ein positiver Saldo von 1.468.686,07 EUR, auf Amt 51 ein positiver Saldo von 529.542,36 EUR). Hier besteht bei der Bemessung der Budgets bei allen Unwägbarkeiten offensichtlich noch ein Zuviel an Spielraum. Die Kämmerei hat teilweise diesem Umstand bereits bei Aufstellung des Haushalts 2011 bzw. 2012 Rechnung getragen.

Der auch im Rechnungsjahr 2010 wiederum hohe Bedarf an Bereinigungen beruht, wie der Anlage 2b „Erläuterungen zu den Bereinigungen“ zu entnehmen ist, im Wesentlichen darauf, dass entweder Erträge im Budget vereinnahmt wurden, die dort nicht veranschlagt waren (so bei Amt 51 der Sachmittelzuschuss für KiTas von 2.218.600 EUR und bei Amt 61 Finanzhilfen von 120.000 EUR) oder aber Erträge im Budget veranschlagt waren, dort aber nicht vereinnahmt werden konnten (so bei Amt 32 die Verwarnungsgelder von 760.000 EUR, die ab 01.01.2010 dem Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung zufließen).

Durch die Korrektur des positiven Ergebnisses von 4.688.101,33 EUR um -1.687.463,84 EUR haben die Fachämter in 2010 mit **einem bereinigten positiven Sachkostenbudgetergebnis von 3.000.637,49 EUR** (Vorjahr: pos. SKB-Ergebnis i.H.v. 1.451.959,16 EUR) abgeschlossen. Das **Personalkostenbudgetergebnis**, das vom Personalamt ermittelt wurde, fiel nach Bereinigung um 20.517,43 EUR zugunsten eines Fachamtes mit einem **Überschuss von 2.469.678,67 EUR** (2009: 2.341.594,93 EUR) nochmals um 128.083,74 EUR höher aus als im Vorjahr. Die Personalkostenbudgets schlossen bis auf zwei Ausnahmen alle positiv ab. Positive Abschlüsse werden i.d.R. dann erzielt, wenn durch Umsetzungen etc. eine Planstelle für gewisse Zeit unbesetzt bleibt und die Einsparungen nicht anderweitig verausgabt werden.

Auf die vielfältigen Gründe für die positiven und negativen Sach- und Personalkostenbudgetergebnisse wurde von den Fachämtern in den Fachausschussvorlagen ausführlich eingegangen. Wie viele Ämter positive oder negative Sach- und Personalkostenbudgetergebnisse erzielt haben, ist der Anlage 3 „Vergleich der bereinigten Budgetergebnisse von 2006 bis 2010“ zu entnehmen.

Die Budgetabrechnung wurde wie folgt vorgenommen:

<b>Budgetabrechnung</b>			
	Sachmittelbudgetergebnis aus nsk		Personalmittelbudgetergebnis lt. Personalamt
+/ -	Bereinigungen	+/ -	Bereinigungen
=	Bereinigtes Sachmittelbudgetergebnis ( <b>Teilergebnis I</b> )	=	Bereinigtes Personalmittelbudgetergebnis ( <b>Teilergebnis II</b> )
<b>Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis (Teilergebnis I + Teilergebnis II)</b>			
-	abzüglich 80% Rückgabe an den Haushalt laut Budgetierungsregeln		
=	<b>Zu übertragendes Gesamtergebnis</b>		
-	Freiwillige Rückgabe des Fachamtes		
=	<b>Übertragungsvorschlag / Vorschlag Verlustvortrag für HFGA/Stadtrat</b>		

Die Budgetierungsregeln 2010 sehen vor, dass vom Fachamt **80%** des bereinigten Gesamt-

budgetergebnisses an den Haushalt zurückzugeben sind. Negative Gesamtbudgetergebnisse werden zu 100% als Verlust vorgetragen.

In Summe belaufen sich die Gesamteinsparungen der Fachämter, die nach diesen Regeln an den Haushalt zurückgehen, auf **4.901.132,01 EUR**, davon allein von den Ämtern 50 und 51 zusammen 2,346 Mio. EUR. Dies zeigt, dass deren Zuschussbudgets aufgrund vieler Unwägbarkeiten nicht annähernd passgenau bemessen waren.

Von den Ämtern **eGov, 40, 50, 51 und 63** wurden darüber hinaus freiwillig weitere Beträge in Höhe von insgesamt **383.094,26 EUR** zurückgegeben.

Die Verwaltung schlägt vor, den Ämtern, die mit einem positiven Gesamtergebnis abgeschlossen haben, entsprechend der beiliegenden Anlage 2a „Budgetabrechnung 2010“ **insgesamt 919.436,99 EUR** (2009: 973.501,17 EUR) zur Verfügung zu stellen. Der Betrag von 919.436,99 EUR wird im Rahmen der Jahresrechnung nach Beschlussfassung durch den Stadtrat der Sonderrechnung Budgetergebnisse zugeführt. Hinsichtlich der möglichen Entnahme von Mitteln aus der Sonderrechnung Budgetergebnisse wird auf die Budgetierungsregel Nr. 1.2.3 Buchstabe c im Haushalt 2010 auf Seite 340 verwiesen.

Bei den Ämtern, die im Kalenderjahr 2010 mit einem negativen Budgetergebnis abgeschlossen haben, **schlägt die Kämmerei in Anwendung der vom Stadtrat beschlossenen Budgetierungsregeln vor, den Verlust** -soweit er sich nicht durch eine Entnahme aus der Sonderrechnung Budgetergebnisse des jeweiligen Amtes ausgleichen lässt- **in voller Höhe vorzutragen**. Der sich danach errechnende **Gesamtbetrag von 728.650,31 EUR** an vorzutragenden negativen Budgetergebnissen verteilt sich auf Ordnungs- und Straßenverkehrsamt (-532.849,56 EUR), Kultur- und Freizeitamt (-18.238,62 EUR), Theater (-152.301,99 EUR), Abt. Stadtmuseum (-18.643,15 EUR) und Kulturprojektbüro (-6.616,99 EUR). Das negative Budgetergebnis der Gleichstellungsstelle (-1.749,00 EUR) kann durch eine Entnahme aus der Budgetrücklage dieses Amtes in voller Höhe ausgeglichen werden, sodass ein Verlustvortrag in diesem Fall entfällt.

Die Verlustvorträge werden technisch durch eine Budgetreduzierung umgesetzt. **Die vorgetragenen Verlustvorträge sind zur Haushaltskonsolidierung unerlässlich**. Im Widerspruch zu den Budgetierungsregeln evtl. nicht übernommene Verlustvorträge führen die Stadt vom Weg der absolut notwendigen Konsolidierung ab, weil Verluste, die im Jahr 2010 entstanden sind im Jahr 2011 nicht abgebaut werden. **Im Ergebnis führen nicht übertragene Verlustvorträge zu weiterem Eigenkapitalverzehr**.

Die **Sonderrücklage Budgetergebnisse** hat sich wie folgt entwickelt:

	2010 in EUR	2009 in EUR
Stand: 01.01.	1.767.660,47	1.643.392,15
Entnahmen aufgrund Fachamtsbeschluss einschl. Bereinigung wegen Auflösung Amt 12	-517.046,59	-775.324,33
Entnahmen zum Ausgleich negativer Budgetergebnisse	-4.696,79	-153.801,15
Freiwillige Rückgabe von Amt 20 i.H.v. 50% der Budgetrücklage als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung		- 24.000,00
Zuführung während des Jahres aufgrund Umbuchungen und Rückbuchungen bzw. Vollzug Stadtratsbeschluss	42.921,64	103.892,63
Zuführung Budgetergebnisse	919.436,99	973.501,17
<b>Stand: 31.12.</b>	<b>2.208.275,72</b>	<b>1.767.660,47</b>

Der Rücklagenstand jedes einzelnen Amtes ist der Anlage 4 „Sonderrücklage Budgetergebnisse“ zu entnehmen.

## 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Über die Verwendung der Budgetüberträge 2010 und der Restmittel in den Budgetrücklagen der Fachämter wurde/wird in den jeweils zuständigen Fachausschüssen -vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates zur Übertragung der Budgetergebnisse- umfassend Beschluss gefasst.

## 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

--

## 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Im Rahmen der Jahresrechnung 2010 wird der Sonderrechnung Budgetergebnisse - vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Stadtrat- eine Übertragungssumme von 919.436,99 EUR zugeführt und ein Betrag i.H.v. insgesamt 4.696,79 EUR zum Ausgleich negativer Budgetergebnisse entnommen.

**Jeder Euro Verlust, der im Widerspruch zu den Budgetierungsregeln nicht vorgetragen wird, wirkt der erforderlichen Haushaltskonsolidierung entgegen.**

**Die Sonderrechnung Budgetergebnisse ist im Laufe der letzten Jahre auf rund 2,21 Mio. EUR angewachsen. Bei Anträgen auf Bereitstellung über- bzw. außerplanmäßiger Mittel sollten deshalb künftig verstärkt die Deckungsmittel aus der Budgetrücklage des betreffenden Amtes herangezogen werden. Erst wenn eine Deckung aus der Budgetrücklage nicht möglich ist, ist eine Antragstellung bei der Kämmerei angezeigt.**

### Anlagen:

Anlage 1\_B\_Abrechnung2010\_bereinigtes Gesamtbudgetergebnis

Anlage 2a\_B\_Abrechnung2010\_Übertragungsvorschlag

Anlage 2b\_Bereinigungen\_2010

Anlage 3\_Vergleich\_Budgetergebnisse

Anlage 4\_Sonderrechnung\_Budgetrücklagen\_2010

III. Abstimmung

*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

II/201

## Budgetabrechnung 2010 - Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis in EUR -

Amt	Sachkosten- budgetergebnis	Bereinigungen	Bereinigtes Sachkosten- budgetergebnis	Personalkosten- budgetergebnis lt. Amt 11	Bereinigungen	Bereinigtes Personalkosten- budgetergebnis	Bereinigtes Gesamtbudget- ergebnis	Amt
Gst	1.925,86		1.925,86	-3.674,86	0,00	-3.674,86	-1.749,00	Gst
PR	4.067,59		4.067,59	53.274,54	0,00	53.274,54	57.342,13	PR
eGov	261.616,72		261.616,72	41.132,19	0,00	41.132,19	302.748,91	egov
11	144.614,31		144.614,31	146.332,55	0,00	146.332,55	290.946,86	11
13	103.231,86	-30.595,79	72.636,07	124.827,32	0,00	124.827,32	197.463,39	13
14	-12.403,48		-12.403,48	116.864,52	0,00	116.864,52	104.461,04	14
20	-10.619,42	4.700,00	-5.919,42	94.049,51	0,00	94.049,51	88.130,09	20
23	80.066,76		80.066,76	48.666,39	0,00	48.666,39	128.733,15	23
30	73.649,66	-41.100,41	32.549,25	20.853,91	0,00	20.853,91	53.403,16	30
31	9.198,88		9.198,88	56.152,82	0,00	56.152,82	65.351,70	31
32	-1.363.039,02	760.000,00	-603.039,02	70.189,46	0,00	70.189,46	-532.849,56	32
33	-25.716,93		-25.716,93	34.710,20	0,00	34.710,20	8.993,27	33
34	40.383,75		40.383,75	49.148,75	0,00	49.148,75	89.532,50	34
37	63.660,90		63.660,90	10.549,85	0,00	10.549,85	74.210,75	37
39	31.880,57		31.880,57	40.840,83	0,00	40.840,83	72.721,40	39
40	226.923,19		226.923,19	396.478,26	0,00	396.478,26	623.401,45	40
41	-89.317,69		-89.317,69	68.131,28	0,00	68.131,28	-21.186,41	41
42	247,79		247,79	18.537,04	0,00	18.537,04	18.784,83	42
43	104.344,42	-27.096,17	77.248,25	27.222,49	0,00	27.222,49	104.470,74	43
44	-296.945,51		-296.945,51	144.643,52	0,00	144.643,52	-152.301,99	44
451	19.429,40		19.429,40	53.288,01	0,00	53.288,01	72.717,41	451
452	-30.955,59		-30.955,59	12.312,44	0,00	12.312,44	-18.643,15	452
471	15.381,26		15.381,26	-42.515,68	20.517,43	-21.998,25	-6.616,99	471
50	1.308.439,65		1.308.439,65	-103,62	0,00	-103,62	1.308.336,03	50
51	3.393.838,08	-2.213.371,47	1.180.466,61	444.473,99	0,00	444.473,99	1.624.940,60	51
52	89.740,10		89.740,10	22.861,86	0,00	22.861,86	112.601,96	52
61	145.671,42	-140.000,00	5.671,42	204.959,03	0,00	204.959,03	210.630,45	61
63	289.904,35		289.904,35	108.866,62	0,00	108.866,62	398.770,97	63
66	108.882,45		108.882,45	86.088,02	0,00	86.088,02	194.970,47	66
Summe	4.688.101,33	-1.687.463,84	3.000.637,49	2.449.161,24	20.517,43	2.469.678,67	5.470.316,16	Summe

60/77

Anlage 1

## Budgetabrechnung 2010

### Übertragungsvorschlag / Vorschlag Verlustvortrag in EUR

Amt	Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis	Rückgabe 80%	Zu übertragendes Gesamtergebnis Sp 1 + Sp 2	Freiwillige Rückgabe der Fachämter	Entnahme aus Budgetrücklage	Verwaltungsvorschlag Übertragung Sp 3 + Sp 4 + Sp 5	Verwaltungsvorschlag Verlustvortrag Sp 3 + Sp 5	Amt
	1	2	3	4	5	6	7	
Gst	-1.749,00		-1.749,00		1.749,00		0,00	Gst
PR	57.342,13	-45.873,70	11.468,43			11.468,43		PR
eGov	302.748,91	-242.199,13	60.549,78	30.274,89		30.274,89		eGov
11	290.946,86	-232.757,49	58.189,37			58.189,37		11
13	197.463,39	-157.970,71	39.492,68			39.492,68		13
14	104.461,04	-83.568,83	20.892,21			20.892,21		14
20	88.130,09	-70.504,07	17.626,02			17.626,02		20
23	128.733,15	-102.986,52	25.746,63			25.746,63		23
30	53.403,16	-42.722,53	10.680,63			10.680,63		30
31	65.351,70	-52.281,36	13.070,34			13.070,34		31
32	-532.849,56		-532.849,56				-532.849,56	32
33	8.993,27	-7.194,62	1.798,65			1.798,65		33
34	89.532,50	-71.626,00	17.906,50			17.906,50		34
37	74.210,75	-59.368,60	14.842,15			14.842,15		37
39*	72.721,40	-58.177,12	14.544,28			14.544,28		39
40	623.401,45	-498.721,16	124.680,29	39.909,85		84.770,44		40
41	-21.186,41		-21.186,41		2.947,79		-18.238,62	41
42	18.784,83	-15.027,86	3.756,97			3.756,97		42
43**	104.470,74	-21.777,99	82.692,75			82.692,75		43
44	-152.301,99		-152.301,99				-152.301,99	44
451	72.717,41	-58.173,93	14.543,48			14.543,48		451
452	-18.643,15		-18.643,15				-18.643,15	452
471	-6.616,99		-6.616,99				-6.616,99	471
50	1.308.336,03	-1.046.668,82	261.667,21	37.667,21		224.000,00		50
51***	1.624.940,60	-1.299.952,48	324.988,12	195.488,12		129.500,00		51
52	112.601,96	-90.081,57	22.520,39			22.520,39		52
61	210.630,45	-168.504,36	42.126,09			42.126,09		61
63	398.770,97	-319.016,78	79.754,19	79.754,19		0,00		63
66	194.970,47	-155.976,38	38.994,09			38.994,09		66
Summe	5.470.316,16	-4.901.132,01	569.184,15	383.094,26	4.696,79	919.436,99	-728.650,31	Summe

61/77

Anlage 2a

\* ohne Fleischhygiene, die außerhalb des Budgets abgerechnet wird

\*\* nur Rückgabe von 80% der Personalkosten gem. Kontrakt mit dem Stadtrat

\*\* Der Budgetübertrag (Spalte 6) beinhaltet den Betrag von 14.000 Eur für die zusätzliche Hortgruppe der Loschgeschule (Einrichtung und Material) gem. Beschluss des JHA vom 12.05.2011.

## Erläuterungen zu den Bereinigungen

62/77

Amt	Bereinigung in EUR	Erläuterungen
13	-30.595,79	Bereinigung der periodenfremden Erträge aus Ausgleichszahlungen der interkommunalen Zusammenarbeit auf SK 492101, KST 130090, KTR 11110013, da auch die ursprünglichen Aufwendungen nicht aus dem Fachamtsbudget geleistet wurden..
20	4.700,00	Berücksichtigung einer zum HH-Abgleich erforderlichen Abschlussbuchung auf SK 446101, KST 200090, KTR 11130020
30	-41.100,41	Bereinigung von Erträgen (-109.877,07 €) und Aufwendungen (+60.168,46 €) im Zusammenhang mit der Abrechnung von Schadensersatz, die zwar im Sachmittelbudget gebucht wurden, aber für die Budgetabrechnung nicht relevant sind. Berücksichtigung von Personalkostenerstattungen des Amtes 13 im Zusammenhang mit der Erstellung des Bildungsberichtes (+8.608,20 €).
32	760.000,00	Bereinigung um veranschlagte Verwarnungsgelder, die ab 01.01.2010 dem Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung zufließen.
43	-27.096,17	Die Erträge 2009 aus privatrechtlichen Leistungsentgelten wurden nachträglich um 21.096,17 € (" Absetzung Retouren 1.-4. Quartal 2009", Belegnr. JABN0900000) reduziert. Im Ergebnis war damit der Budgetübertrag 2009 um genau diesen Betrag zu hoch. Zuordnung der Mittel für Hilfskräfte vom PK-Budget (ehem. HHST 3500.4166), Konsequenz aus Stadtratsbeschluß zum Kontrakt (-6.000,00 €).
51	-2.213.371,47	Die Personalkostenzuschüsse für KiTas waren außerhalb des abgerechneten Sachmittel-/Personalmittelbudgets veranschlagt, wurden in 2010 aber als Sachmittelzuschuss im Sachkostenbudget vereinnahmt (Bereinigung um -2.218.600,00 €). Hinzurechnung von Personalkostenerstattungen, die außerhalb des abgerechneten Sachmittel-/Personalmittelbudgets vereinnahmt wurden (+ 6.494,07 €) und Korrektur um den Zuschuss Stadtjugendring, der doppelt abgezogen wurde (+50.000,00 €). Bereinigung um Spendenmittel, die zwar im Budget vereinnahmt, aber von einem Aufwandskonto außerhalb des Budgets (SK 531841) verausgabt wurden (-1.265,54 €) und Bereinigung um den Mietaufwand für die Ersatzflächen Erba-Villa, der zwar 2010 veranschlagt war, aber nicht entstanden ist (-50.000,00 €).
61	-140.000,00	Rückgabe nicht benötigter Mittel für den Beratervertrag mit der Fa. Sittraffic (-20.000,00 €). Bereinigung um die Bundesfinanzhilfe (-60.000,00 €) und die Landesfinanzhilfe (-60.000,00 €) für das Ausweichquartier Palais Stutterheim; beide Finanzhilfen waren nicht im Budget veranschlagt.
<b>Summe</b>	<b>-1.687.463,84</b>	

Vergleich der bereinigten Budgetergebnisse von 2006 bis 2010 in EUR

**Bereinigte Sachkostenbudgetergebnisse**

**Bereinigte Personalkostenbudgetergebnisse**

63/77

Jahr	Positives Ergebnis haben erwirtschaftet		Negatives Ergebnis haben erwirtschaftet	
	Anzahl Ämter-budgets	Betrag in EUR	Anzahl Ämter-budgets	Betrag in EUR
2006	19	494.794,66	9	-487.513,64
2007	19	1.805.252,63	9	-571.862,27
2008	18	4.441.816,12	11	-1.193.262,16
2009	20	4.133.655,32	8	-2.702.737,96
2010	22	4.064.935,13	7	-1.064.297,64

Jahr	Positives Ergebnis haben erwirtschaftet		Negatives Ergebnis haben erwirtschaftet	
	Anzahl Ämter-budgets	Betrag in EUR	Anzahl Ämter-budgets	Betrag in EUR
2006	27	1.297.980,92	1	-17.026,68
2007	26	1.822.862,32	2	-4.094,29
2008	25	1.697.225,06	4	-76.169,85
2009	28	2.542.723,16	0	0,--
2010	26	2.495.455,40	3	-25.776,73

# Sonderrücklage Budgetergebnisse

## Gesamtübersicht Haushaltsjahr 2010

Amt:	Anfangsbestand zum 01.01.2010	Zugang: EURO	Abgang: EURO	Aktueller Stand in EURO	Erläuterungen
Gst	1.885,88 €		-1.749,00 €	136,88 €	
PR	2.182,79 €	11.468,43 €		13.651,22 €	
egov	93.825,98 €	30.274,89 €		124.100,87 €	
Amt 11	103.846,65 €	58.189,37 €		162.036,02 €	
Amt 12	26.215,09 €		-26.215,09 €	-0,00 €	
Amt 13	28.420,28 €	39.492,68 €		67.912,96 €	
Amt 14	28.133,10 €	20.892,21 €		49.025,31 €	
Amt 20	34.000,00 €	17.626,02 €		51.626,02 €	
Amt 23	192.813,41 €	25.746,63 €		218.560,04 €	
Amt 30	31.464,00 €	10.680,63 €	-6.783,00 €	35.361,63 €	
Amt 31	30.305,71 €	13.070,34 €	-6.572,71 €	36.803,34 €	
Amt 32	0,00 €				
Amt 33		1.798,65 €		1.798,65 €	
Amt 34	22.627,55 €	17.906,50 €	-3.200,00 €	37.334,05 €	
Amt 36	0,00 €				
Amt 37	95.745,74 €	14.842,15 €	-30.607,94 €	79.979,95 €	
Amt 39	51.184,28 €	14.544,28 €		65.728,56 €	
Amt 40	314.551,81 €	84.770,44 €	-184.156,94 €	215.165,31 €	
Amt 41	55.947,79 €		-32.947,79 €	23.000,00 €	
Amt 42	63.139,00 €	3.756,97 €	-30.000,00 €	36.895,97 €	
Amt 43	231.028,92 €	82.692,75 €		313.721,67 €	
Amt 44					
Abtl. 451	13.000,00 €	14.543,48 €		27.543,48 €	
Abtl. 452	7.000,00 €		-7.000,00 €	0,00 €	
471_KPB	0,00 €				
Amt 50	210.929,74 €	239.000,00 €	-123.595,73 €	326.334,01 €	
Amt 51	0,00 €	157.421,64 €	-27.921,64 €	129.500,00 €	
Amt 52	47.516,14 €	22.520,39 €	-17.600,00 €	52.436,53 €	
Amt 61	52.195,89 €	42.126,09 €	-23.393,54 €	70.928,44 €	
Amt 63	29.700,72 €			29.700,72 €	
Amt 66		38.994,09 €		38.994,09 €	
<b>Summe:</b>	<b>1.767.660,47 €</b>	<b>962.358,63 €</b>	<b>-521.743,38 €</b>	<b>2.208.275,72 €</b>	<b>gegenwärtiger Stand:</b>

64/77

Anlage 4

Erläuterungen zu den Summen der Zu- und Abgänge:

-490.831,50 € Entnahmen während des Jahres aufgrund Fachamtsbeschluss

-4.696,79 € Entnahmen zum Ausgleich negativer Budgetergebnisse 2010

-26.215,09 € Bereinigung wegen Auflösung Amt 12

42.921,64 €

Zuführungen während des Jahres aufgrund Umbuchungen

919.436,99 €

Zuführung aus Budgetergebnisse 2010

**Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung**

Geschäftszeichen:  
VI/24/242-3/TJA-2945

Verantwortliche/r:  
Herr Johannes Tuzcek

Vorlagennummer:  
**242/132/2011**

**Sanierung Hermann Hedenus Mittelschule - Investitionspakt 2009**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	19.05.2011	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	16.06.2011	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	29.06.2011	Ö	Beschluss	

**Beteiligte Dienststellen**

Amt 40, 20

Die Zustimmung zur Mittelbereitstellung wird erteilt

gez. Beugel 11.5.2011  
Unterschrift Referat II

**I. Antrag**

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln: Erhöhung der ~~Aufwendungen~~/Auszahlungen um

IP-Nr. 212C.400, Hauptschule Hermann Hedenus, Generalsanierung	Kostenstelle [240090	Produkt 2121 Leistungen für alle Hauptschulen	<b>48 000,00 €</b> für Sachkonto [033202
--	----------------------	---	--

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/~~Mehreinnahme~~

IP-Nr. 215A.400 Werner von Siemens Realschule Neubau/Anbau einer Mensa	Kostenstelle [240090	in Höhe von Produkt [2151 Leistungen für alle Realschulen	<b>48.000,00 €</b> bei Sachkonto [033202
IP-Nr. [	Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [

**II. Begründung**

**1. Ressourcen**

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung €

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz) 1.110.000,00 €

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von 68.092,37 €

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in €

Höhe von

Summe der bereits vorhandenen Mittel 1.178.092,37 €  
Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung) 1.226.092,37 €

Die Mittel werden benötigt  auf Dauer  
 einmalig von bis

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €  
 Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.  
Verfügbare Mittel im Deckungskreis €  
 Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

**2. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Optimierung des Schulbetriebs in der Hermann Hedenus Mittelschule und der Hermann Hedenus Grundschule

**3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Einrichtung eines PC-Raumes in dem Physikraum der Hauptschule, der nach Bildung der Mittelschule nicht mehr benötigt wird

**4. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Umbau des Physikraumes im Zuge der Generalsanierung der Schule

**Anlagen:**

**III. Abstimmung**

Beratung im Gremium: Schulausschuss am 19.05.2011

**Ergebnis/Beschluss:**

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:  
Erhöhung der ~~Aufwendungen~~/Auszahlungen um

IP-Nr. 212C.400, Hauptschule Hermann Hedenus, Generalsanierung	Kostenstelle [240090	Produkt 2121 Leistungen für alle Hauptschulen	<b>48 000,00 €</b> für Sachkonto [033202
--	----------------------	---	--

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/~~Mehreinnahme~~

IP-Nr. 215A.400 Werner von Siemens Realschule Neubau/Anbau einer Mensa	Kostenstelle [240090	in Höhe von Produkt [2151 Leistungen für alle Realschulen	<b>48.000,00 €</b> bei Sachkonto [033202
--	----------------------	---	--

IP-Nr. [	Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Lohwasser  
Vorsitzende/r

gez. Mahns  
Berichterstatter/in

Beratung im Gremium: Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 16.06.2011

**Ergebnis/Beschluss:**

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:

Erhöhung der ~~Aufwendungen~~/Auszahlungen um

IP-Nr. 212C.400, Hauptschule Hermann Hedenus, Generalsanierung	Kostenstelle [240090	Produkt 2121 Leistungen für alle Hauptschulen	<b>48 000,00 €</b> für Sachkonto [033202
--	----------------------	---	---

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/~~Mehreinnahme~~

IP-Nr. 215A.400 Werner von Siemens Realschule Neubau/Anbau einer Mensa	Kostenstelle [240090	in Höhe von Produkt [2151 Leistungen für alle Realschulen	<b>48.000,00 €</b> bei Sachkonto [033202
IP-Nr. [	Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [

mit 12 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke  
Vorsitzender

gez. Bruse  
Berichterstatter

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 29.06.2011

Stimmen

- IV. Beschlusskontrolle
- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- VI. Zum Vorgang

**Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung**

Geschäftszeichen:  
VI/242-1/KGI T. 2522

Verantwortliche/r:  
Klischat Gerhard

Vorlagennummer:  
**242/138/2011**

**Mittelbereitstellung für die Fassadensanierung Redoutensaal und Markgrafentheater**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	16.06.2011	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	29.06.2011	Ö	Beschluss	

**Beteiligte Dienststellen**

Amt 44, Amt 24, Amt 14, Amt 20

Die Zustimmung zur Mittelbereitstellung wird erteilt!

30.05.2011 gez. Beugel  
Unterschrift Referat II

**I. Antrag**

Die Verwaltung beantragt nachfolgende überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:  
Erhöhung der Aufwendungen um

IP-Nr.	Kostenstelle [929980 Allg. Objekte (Gebäude)	Produkt 11170024 Zentrales Gebäudemana- gement	<b>80.000 €</b> für Sachkonto [521112 Bauunterhalt
--------	---	--	--

Die Deckung erfolgt durch Einsparung

IP-Nr. [261.404 Brand- schutztechnische Sanie- rung Theater Erlangen	Kostenstelle [240090 Allg. KSt. GME	in Höhe von Produkt [26110024 Theater	<b>80.000 €</b> bei Sachkonto [034202 Zugang Gebäude
IP-Nr. [	Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [

**II. Begründung**

**1. Ressourcen**

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (521112 Bauunter- halt Nördliche Stadtmauer – verschoben nach 2012) zur Verfügung	100.000,-- €
Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)	0 €
Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von	0 €
Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von	0 €

Summe der bereits vorhandenen Mittel 100.000,-- €  
 Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung) **180.000,-- €**

Die Mittel werden benötigt  auf Dauer  
 einmalig in 2011

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €  
 Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.  
 Verfügbare Mittel im Deckungskreis €  
 Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

**2. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Sanierung und Instandsetzung des Traufgesims des Redoutensaals und der Südfassaden des Garderobenanbaus Theater Erlangen.

**3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Ausschreibung und Vergabe der Gewerke nach VOB/A;  
 Vergabe der Planungsleistungen nach HOAI 2009

**4. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Projektsteuerung: Amt 24/GME>  
 Projektleitung: SB 242-1, Herr Klischat

Ausführung im Herbst 2011

**Anlagen:** keine

**III. Abstimmung**

Beratung im Gremium: Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 16.06.2011

**Ergebnis/Beschluss:**

Die Verwaltung beantragt nachfolgende überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:  
 Erhöhung der Aufwendungen um

IP-Nr.	Kostenstelle [929980 Allg. Objekte (Gebäude)	Produkt 11170024 Zentrales Gebäudemana- gement	<b>80.000 €</b> für Sachkonto [521112 Bauunterhalt
--------	---	--	--

Die Deckung erfolgt durch Einsparung

IP-Nr. [261.404 Brand- schutztechnische Sanie- rung Theater Erlangen	Kostenstelle [240090 Allg. KSt. GME	in Höhe von Produkt [26110024 Theater	<b>80.000 €</b> bei Sachkonto [034202 Zugang Gebäude
IP-Nr. [	Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von	€ bei

		Produkt [	Sachkonto [
--	--	-----------	-------------

mit 12 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke  
Vorsitzender

gez. Bruse  
Berichterstatler

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 29.06.2011

Stimmen

- IV. Beschlusskontrolle
- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- VI. Zum Vorgang

**Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung**

Geschäftszeichen:  
VI/242-1/KGI T. 2522

Verantwortliche/r:  
Klischat Gerhard

Vorlagennummer:  
**242/140/2011**

**Umbau Stadtarchiv Erlangen, Mittelbereitstellung für die Freiflächengestaltung**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	16.06.2011	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	29.06.2011	Ö	Beschluss	

**Beteiligte Dienststellen**

Amt 20, Amt 24, Amt 61, Amt 63

Die Zustimmung zur Mittelbereitstellung wird erteilt!

30.5.2011 gez. Beugel  
Unterschrift Referat II

**I. Antrag**

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:

Erhöhung der ~~Aufwendungen~~/Auszahlungen um

IP-Nr. 251A.403 Umbau Museumswinkel für Stadtarchiv	Kostenstelle [240090 Allg. Kostenstelle Amt 24	Produkt 25120024 Leistungen für Archiv	<b>30.000 €</b> für Sachkonto [034202 Zugang Gebäude
--	---	---	--

Die Deckung erfolgt durch Einsparung

IP-Nr. [252.402 Umbau Museumswinkel für Siemens-MedArchiv	Kostenstelle [240090 Allg. Kostenstelle Amt 24	in Höhe von Produkt [25230024 Leistungen für Kultureinrichtungen	<b>30.000,-- €</b> bei Sachkonto [034202 Zugang Gebäude
IP-Nr. [	Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [

**II. Begründung**

**1. Ressourcen**

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung	0 €
Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)	1.000.000 €
Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von	1.541.363,11€
Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von	0 €

Summe der bereits vorhandenen Mittel 2.541.363,11€  
 Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung) **2.571.363,11€**

Die Mittel werden benötigt  auf Dauer  
 einmalig in 2011

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €  
 Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.  
 Verfügbare Mittel im Deckungskreis €  
 Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

**2. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Umsetzung der Entwurfsplanung für die Freiflächengestaltung des Städtischen Archiv in der Luitpoldstraße noch vor Bezug im Oktober 2011.

**3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Gewerkeweise Ausschreibung der Bauleistungen nach VOB; Vergabe der Planungsleistungen „Freiflächenplanung“ nach HOAI 2009, hier die Leistungsphasen 5 - 9

**4. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Projektsteuerung: Amt 24/GME

Projektleitung: SBL242-1-1, Herr Klischat, SGB/NB, Frau Fronemann

**Sachbericht:**

Die Umsetzung der Arbeiten im Außenbereich soll noch vor dem Bezug des Städtischen Archivs erfolgen. Dies würde eine aufwendige Zwischenlösung ersparen. Die Kostenschätzung für die Freiflächengestaltung beträgt insgesamt 100.000,- €

Um die Finanzierung zur gewährleisten, sind zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000,- € erforderlich, die durch Einsparungen bei der Vergabe der Technischen Gebäudeausstattung (TGA) beim Umbau Siemens-MedArchiv erzielt werden konnten  
 (Kostenberechnung TGA = 1.024.726,28 €, Kostenanschlag TGA = 849.667,17 €, erzielte Einsparung: 175.059,11 €)

**Anlagen:** keine

**III. Abstimmung**

Beratung im Gremium: Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 16.06.2011

**Ergebnis/Beschluss:**

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:

Erhöhung der ~~Aufwendungen~~/Auszahlungen um

IP-Nr. 251A.403	Kostenstelle [240090	Produkt 25120024	<b>30.000 €</b> für
-----------------	----------------------	------------------	---------------------

Umbau Museumswinkel für Stadtarchiv	Allg. Kostenstelle Amt 24	Leistungen für Archiv	Sachkonto [034202 Zugang Gebäude
-------------------------------------	---------------------------	-----------------------	-------------------------------------

Die Deckung erfolgt durch Einsparung

IP-Nr. [252.402 Umbau Museumswinkel für Siemens-MedArchiv	Kostenstelle [240090 Allg. Kostenstelle Amt 24	in Höhe von Produkt [25230024 Leistungen für Kultureinrichtungen	<b>30.000,-- €</b> bei Sachkonto [034202 Zugang Gebäude
IP-Nr. [	Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [

mit 12 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke  
Vorsitzender

gez. Bruse  
Berichterstatter

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 29.06.2011

Stimmen

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

**Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung**

Geschäftszeichen:  
VI/66

Verantwortliche/r:  
Detlef Manzke

Vorlagennummer:  
66/114/2011

**Mittelbereitstellung für IvP.-Nr. 541.144 "Adenauerring Süd und Nord mit Ringschluss"**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	16.06.2011	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	29.06.2011	Ö	Beschluss	

**Beteiligte Dienststellen**

Amt 23, 20

Die Zustimmung zur Mittelbereitstellung wird erteilt!

gez. Beugel 07. Juni 2011  
Unterschrift Referat II

**I. Antrag**

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:  
Erhöhung der ~~Aufwendungen~~/Auszahlungen um

IP-Nr. 541.144 Adenauerring Süd und Nord mit Ringschluss	Kostenstelle 660090 Allgemeine Kostenstelle Amt 66	Produkt 5411 Gemeindestraßen	<b>220.000,- €</b> für Sachkonto 048002 Zugänge Straßennetz mit Wegen und Plätzen
---	--	---------------------------------	---

Die Deckung erfolgt durch ~~Einsparung~~/Mehreinnahme

IP-Nr. 522.409E Erlöse aus Grundstücks- verkäufen BP 409	Kostenstelle 230090 Allgemeine Kostenstelle Amt 23	in Höhe von Produkt [5221 Wohnungsbauförderung (laufende Tätigkeit)	<b>220.000,- €</b> bei Sachkonto 037103 Abgänge Grund und Boden von sonstigen Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäuden
IP-Nr. [	Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [

Ergänzung durch Amt 20:

Der Baubeginn ist erst zulässig, wenn der Haushalt 2011 entsprechend genehmigt ist und der Zuwendungsgeber keine zuwendungsrechtlichen Bedenken gegen den Ausbau hat.

**II. Begründung**

**1. Ressourcen**

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung	0,- €
Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich bei der IP-Nr. 541.144 in 2011 HH-Mittel zur Verfügung (Ansatz)	150.000,- €
Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von	232.514,18 €
Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von	0,- €
Summe der bereits vorhandenen Mittel (durch Aufträge bzw. anstehende landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen aber gebunden)	382.514,18 €
Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)	<b>602.514,18 €</b>

Die Mittel werden benötigt  auf Dauer  
 einmalig ab August 2011

#### Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €  
 Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis €  
 Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

## **2. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Vermeidung von Eingriffen in den Betrieb des NVZ und von Baukostenmehrungen Straßenbau während des Baus des Ringschlusses Adenauerring zu einem späteren Zeitpunkt.

## **3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Vorzeitiger Umbau des Knotenpunkts Adenauerring/Alte Mönaustraße

Gemäß aktuellem Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2010 – 2014 soll der Ringschluss Adenauerring, Abschnitt Nord (Alte Mönaustraße bis Häuslinger Straße) in 2012 realisiert werden. Damit die Maßnahme in das Förderprogramm nach BayGVFG rechtzeitig aufgenommen werden kann, muss der entsprechende Zuwendungsantrag bis spätestens Ende August 2011 abgegeben sein.

Bestandteil dieser gesamten Neubaumaßnahme ist neben dem Streckenabschnitt jedoch auch der erforderliche Umbau des Knotenpunkts Alte Mönaustraße/Adenauerring westlich des geplanten NVZ BP 409/II (s. auch Billigungsbeschluss des UVPa vom 15.03.2011 zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 409 BA II der Stadt Erlangen – Nahversorgungszentrum Büchenbach-West – mit integriertem Grünordnungsplan!).

Aufgrund des verkehrlichen Anschlusses des geplanten NVZ über die Alte Mönaustraße und bedingt durch die Terminplanung des Investors ist der vorzeitige Umbau des Knotenpunkts Alte Mönaustraße/Adenauerring erforderlich, damit die andernfalls unumgänglichen massiven Eingriffe in den Betrieb des NVZ während des Baus des Ringschlusses und die dadurch entstehenden Kostenmehrungen (prov. Erschließungen, zusätzliche Baustellenabsicherungen, Baustellenampeln etc.) vermieden werden können.

Neben dem Bau von Abbiegespuren, der Anpassung der Eckausrundungen und der Entwässerungseinrichtungen ist u.a. auch die höhenmäßige Anpassung der Fahrbahn erforderlich. Darüber hinaus wird der Knotenpunkt mit Fertigstellung des gesamten Ringschlusses auch eine Vollsignalisierung zur Verbesserung der Schulwegsicherheit und zur sicheren Abwicklung des Verkehrs im Knotenpunkt erhalten.

In intensiven Abstimmungsgesprächen mit der Regierung von Mittelfranken wurde festgelegt, dass für den Umbau des Knotenpunktes ein gesonderter Zuwendungsantrag (angenommener Fördersatz: ca. 45 % der zuwendungsfähigen Kosten) zu stellen ist, wobei eine Aufnahme dieser Maß-

nahme noch ins Förderprogramm 2011 ausnahmsweise dann möglich ist, wenn dieser Zuwendungsantrag bis spätestens Anfang Mai 2011 vorliegt. Mit Schreiben vom 29.04.2011 ist die Abgabe des Zuwendungsantrages zwischenzeitlich erfolgt.

Die Kosten für den aufgrund des NVZ vorzeitig erforderlich werdenden Umbau des Knotenpunkts wurden durch das mit Entwurfs- und Ausführungsplanung beauftragte Ingenieur-Büro Gauff im Rahmen des Zuwendungsantrages neu berechnet. Sie belaufen sich auf **ca. 220.000 €**, wobei die Lichtsignalanlage vorerst lediglich vorbereitet und erst mit Fertigstellung des Ringschlusses installiert werden soll.

Die bezogen auf o.a. Billigungsbeschluss entstandenen Mehrkosten in Höhe von 70.000.- € ergeben sich aufgrund des Detaillierungsgrads der Entwurfs- bzw. Ausführungsplanung und sind u.a. folgendermaßen zu begründen:

- Verlängerung vorhandener Entwässerungs-/Drainageleitungen aus den Ausbaubereich heraus
- verkehrssichere Anbindung des Baugebiets 408/An der Weißen Marter an den Knotenpunkt über eine Treppenanlage
- umfangreichere Erdarbeiten aufgrund der Abbiegespur Alte Mönaustraße und der Leitungsverlegungen

Die für die vorzeitig erforderlich werdende Umbaumaßnahme bei IvP-Nr. 541.144 „Adenauerring Süd und Nord mit Ringschluss“ entstehenden Kosten in Höhe von 220.000 € können in Abstimmung mit Amt 23 durch die aus einer vergrößerten Verkaufsfläche resultierenden Mehreinnahmen (IvP-Nr. 522.409E „Erlöse aus Grundstücksverkäufen BP 409“) gedeckt werden.

Die Mittelbereitstellung in der haushaltslosen Zeit ist aus terminlichen Gründen dringlich, da

- die bisherigen Planungen des Investors vorsehen, im Herbst 2011 mit dem Bau des NVZ zu beginnen, um das NVZ Anfang Juni 2012 eröffnen zu können,
- der HH 2011 voraussichtlich nicht vor August 2011 durch die Regierung von Mittelfranken genehmigt wird, wegen des Sitzungskalenders eine Mittelbereitstellung aufgrund eines Beschlusses des HFPA frühestens im September 2011 erfolgen könnte, entsprechend den haushaltsrechtlichen Bestimmungen erst anschließend die Ausschreibung veröffentlicht werden könnte, demzufolge wegen der vorgegebenen Verfahrensfristen ein Baubeginn vor Dezember 2011 nicht mehr möglich wäre und der Baubeginn auf Ende März/Anfang April 2012 verschoben werden müsste,
- das Ziel einer möglichst gemeinsamen koordinierten Durchführung beider Maßnahmen (Straßenanschluss NVZ durch Investor – Kreuzungsumbau durch Stadt Erlangen) im Herbst 2011 zur Vermeidung unnötiger Mehrkosten verbunden mit unumgänglichen erneuten Eingriffen in den Betrieb der vorhandenen Geschäfte und in die Bauabwicklung des neuen NVZ ansonsten nicht realisierbar ist.

Es ist vertraglich mit dem Investor vereinbart, dass der Kaufpreis, der zur Deckung der Mittelbereitstellung herangezogen wird, mit Baubeginn des NVZ zu zahlen ist.

#### **4. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Bereitstellung der Haushaltsmittel mit anschließender Ausschreibung im Sommer 2011

**Anlagen:**

### **III. Abstimmung**

**Ergebnis/Beschluss:**

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:  
Erhöhung der ~~Aufwendungen~~/Auszahlungen um

IP-Nr. 541.144 Adenauerring Süd und Nord mit Ringschluss	Kostenstelle 660090 Allgemeine Kostenstelle Amt 66	Produkt 5411 Gemeindestraßen	<b>220.000,- €</b> für Sachkonto 048002 Zugänge Straßennetz mit Wegen und Plätzen
---	--	---------------------------------	--

Die Deckung erfolgt durch ~~Einsparung~~/Mehreinnahme

IP-Nr. 522.409E Erlöse aus Grundstücks- verkäufen BP 409	Kostenstelle 230090 Allgemeine Kostenstelle Amt 23	in Höhe von Produkt [5221 Wohnungsbauförderung (laufende Tätigkeit)	<b>220.000,- €</b> bei Sachkonto 037103 Abgänge Grund und Boden von sonstigen Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäuden
IP-Nr. [	Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [

**Ergänzung durch Amt 20:**

Der Baubeginn ist erst zulässig, wenn der Haushalt 2011 entsprechend genehmigt ist und der Zuwendungsgeber keine zuwendungsrechtlichen Bedenken gegen den Ausbau hat.

mit 11 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke  
Vorsitzender

gez. Bruse  
Berichterstatter

Stimmen

- IV. Beschlusskontrolle
- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- VI. Zum Vorgang

# Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Einladung -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 7.1 Bürgerversammlungen	
Mitteilung zur Kenntnis 13-3/007/2011	3
TOP Ö 7.2 Erstellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Erlangen; Übergabe der Prüf	
Mitteilung zur Kenntnis 20/023/2011	4
Erläuterung Eröffnungsbilanz 20/023/2011	6
TOP Ö 7.3 Teilnahme am bundesweiten Vergleichsring "Ausländerwesen" der KGSt	
Beratungsergebnisse Stand: 23.03.2011 332/005/2011	14
KGSt Abschlussbericht Seite 11 332/005/2011	16
KGSt Abschlussbericht Seite 12 332/005/2011	17
KGSt Abschlussbericht Seite 16 332/005/2011	18
TOP Ö 8 Bericht über den Jahresabschluss 2010 der GEWOBAU Erlangen	
Beschlussvorlage I/003/2011	19
Bilanz - GuV - Anhang - Lagebericht 2010 Kurzfassung I/003/2011	21
TOP Ö 9 Besetzung des Aufsichtsrates der Erlanger Stadtwerke AG	
Beschlussvorlage III/023/2011	32
TOP Ö 10 Änderung der Öffnungszeiten im Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen	
Beschlussvorlage 112/038/2011	34
TOP Ö 11 Zwischenbericht zur Umsetzung des Vorschlages Nr. 19 der Fa. Rödl & Pa	
Beschlussvorlage 503/003/2011	35
TOP Ö 12 Bestellung der Amtsleitung des Rechnungsprüfungsamtes zum/zur Anti-Kor	
Beschlussvorlage 11/054/2011	39
TOP Ö 13 Personalbericht 2010	
Beschluss Stand: 13.04.2011 11/037/2011	41
TOP Ö 14 Dienstleistungszentrum "Veranstaltungen in der Stadt" (Antrag der CSU-	
Beschlussvorlage 112/039/2011	43
Anlage 1 Projektabschlussbericht 112/039/2011	45
Anlage 2 Fraktionsantrag Nr 184 112/039/2011	49
TOP Ö 15 Verwendung des Budgetergebnisses des Bürgermeister- und Presseamtes	
Beschlussvorlage 13-2/124/2011	50
Antrag Nr. 033/2011 13-2/124/2011	52
Antrag Nr. 072/2011 13-2/124/2011	53
TOP Ö 16 Budgetergebnisse 2010; Ergebnisüberträge und Verlustvorträge 2010	
Beschlussvorlage II/106/2011	54
Anlage_1_B_Abrechnung2010_Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis II/106/2011	60
Anlage_2a_B_Abrechnung2010_Übertragungsvorschlag II/106/2011	61
Anlage_2b_Bereinigungen_2010 II/106/2011	62
Anlage_3_Vergleich_Budgetergebnisse II/106/2011	63
Anlage_4_Sonderrechnung_A_Budgetergebnisse_z_31 12 2010 II/106/2011	64
TOP Ö 17.1 Sanierung Hermann Hedenus Mittelschule - Investitionspakt 2009	
Beschluss Mittelbereitstellung Stand: 16.06.2011 242/132/2011	65
TOP Ö 17.2 Mittelbereitstellung für die Fassadensanierung Redoutensaal und Mark	
Beschluss Mittelbereitstellung Stand: 16.06.2011 242/138/2011	68
TOP Ö 17.3 Umbau Stadtarchiv Erlangen, Mittelbereitstellung für die Freiflächen	
Beschluss Mittelbereitstellung Stand: 16.06.2011 242/140/2011	71
TOP Ö 17.4 Mittelbereitstellung für IvP.-Nr. 541.144 "Adenauerring Süd und Nord	

